Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1914. Nr. 212. **für Anhalt und Thüringen.** **Jahrgang 207.**

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — **Gratis-Beilagen:** Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen. Illustrierte Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62.
Fernruf 8108 u. 8109; Redaktionsfernruf 8110.
Hauptschriftleitung: Dr. Strasser-Freiberg Halle (Saale).

Donnerstag, 7. Mai 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290.
Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale).

„Kunstwart" und Arbeitswilligenschutz.

Bei dem sich steigernden Verlangen nach einem erhöhten Schutz der Arbeitswilligen ist es besonders lehrreich, zu sehen, daß von dem Einfluß der Kampfesweise der sozialdemokratischen Gewerkschaften selbst solche Kreise nicht unberührt bleiben, die man an sich nicht in diesem Lager zu finden glauben sollte. Selbst der „Kunstwart", der sich in einem Untertitel auch „Kulturwart" nennt, hat sich mit dieser Frage beschäftigt und nimmt in einem Aufsatz gegen die Forderung des erhöhten Arbeitswilligenschutzes Partei. Der Verfasser des betreffenden Aufsatzes meint, der „klassenbewußte" Arbeiter sehe in den Arbeitswilligen Leute, die sich vor dem Kampf um gerechte Arbeitsbedingungen drücken wollen und müsse daher diejenigen Menschen für charakterlos, energielos und minderwertig halten, welche die Arbeitgeber mit der Benennung „Arbeitswillige" gerade als besonders wertvolle Menschen kennzeichnen wollten. Weiter wird in dem erwähnten Aufsatz darauf hingewiesen, wenn streikende Arbeiter danach trachteten, dem „gerechten Lohn" näher zu kommen, so seien Arbeitswillige, die sich dem Kampf nicht anschlössen, als Feiglinge anzusehen, die nur fortfahren, zu arbeiten, „weil sie sich vor dem Lohnkampf scheuen". Es ist bedauerlich, daß selbst eine Zeitschrift, welche, wie jeder erwarten wird, nur mit Kunstfragen sich beschäftigt, überhaupt in derartige sozialpolitische Fragen sich einmischt, und zwar in einer Weise, die eine recht einseitige Parteinahme zugunsten der sozialdemokratischen Gewerkschaftstaktik verrät. Jeder, der in der sozialen Bewegung steht, weiß, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht allein Kämpfe um den Lohn ausfechten, sondern gerade in der neueren Zeit reine Machtkämpfe veranstalten, die oftmals nur von dem Machtkitzel der Führer diktiert sind. Es dürfte auch zur Genüge bekannt sein, daß die Forderung eines wirksamen Ausbaues des Arbeitswilligenschutzes nicht nur von den Unternehmern, sondern auch von den nichtsozialdemokratischen Arbeitern ausgeht. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften zählen ungefähr 2½ Millionen Mitglieder, während die große Zahl der nichtorganisierten Arbeiter ungefähr fünfmal so groß ist.

Deutsches Reich.

Zum Geburtstage unseres Kronprinzen.

Aus Anlaß des Geburtstages des Kronprinzen weist die Stadt reichen Flagenschmuck auf. Die Präsidien der Parlamente übermittelten dem Kronprinzen die Glückwünsche der Volksvertretung. Aus Danzig ist eine Abordnung des 1. Leibhusaren-Regiments eingetroffen, um dem Kronprinzen das Abschiedsgeschenk des Regiments, bestehend in einer Reiterstatuette, zu überreichen. Gestern mittag konzertierte während der Frühstückstafel im Kronprinzlichen Palais die Kapelle der Berliner Schutzmannschaft. Abends fand ein Diner im kleinen Kreise statt, zu dem die in Berlin und Potsdam anwesenden Brüder des Kronprinzen und das kronprinzliche Gefolge geladen sind. Nach der Tafel fand eine Lichtbildervorführung statt. Auch die Straßen Potsdams weisen reichen Flaggenschmuck auf. Der Magistrat übersandte dem Kronprinzen eine Glückwunschadresse. Auf der Matrosenstation wurde heute früh der Geburtstagssalut von 21 Schüssen abgegeben.

Der deutsche Militärattaché in London, Major Renner, begab sich heute früh nach Aldershot, um dem Großbritannischen 11. Husaren-Regiment, dessen Chef der deutsche Kronprinz ist, ein großes Oelgemälde, das den Kronprinzen in der Uniform des Regiments darstellt, zu überreichen. Die Ueberreichung fand in der Reitbahn vor dem in Parade aufgestellten Regiment statt. Dabei sagte Major Renner, er sei in Vertretung des Botschafters Fürsten Lichnowsky nach Aldershot gekommen, um das Bild zu überreichen und dem 11. Husarenregiment auszusprechen, wie stolz der Kronprinz darauf sei, Chef eines so ausgezeichneten Regiments zu sein. Oberst Pitman erwiderte, alle Dienstgrade des Regiments fühlten sich durch das Geschenk sehr geehrt und wüßten die Freundlichkeit des Kronprinzen voll zu würdigen. Oberst Pitman bat Major Renner, dem Kronprinzen den Dank für das Geschenk auszusprechen und ihn der Hochachtung des Regiments zu versichern. Zum Schluß wurden drei Cheers auf den Kronprinzen ausgebracht.

Der Seniorenkonvent des Reichstages

trat gestern nachmittag zu einer Besprechung der Geschäftslage zusammen und einigte sich dahin, zunächst den Etat der Verwaltung des Reichsheeres durchzuberaten. Jedoch soll als erster Punkt auf die morgige Tagesordnung die zweite Lesung der Besoldungsnovelle gesetzt werden. Dem Militäretat sollen die Etats des Auswärtigen, des Reichskanzlers und kleinere Vorlagen, wie die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige sowie die Konkurrenzklausel folgen. Vom 8. Mai ab sollen die Plenarsitzungen morgens 10 Uhr beginnen. Ueber den Beginn der Ferien konnte nichts in Aussicht genommen werden, weil die Art des Fortganges der Beratungen dafür maßgebend ist, und ebensowenig die Frage geklärt werden, ob der Reichstag geschlossen oder vertagt werden soll.

Nochmals Militäretat in der Budgetkommission.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurde nochmals auf den Militäretat zurückgegriffen und der geforderte Mehrbetrag an Stallservis für Offiziere abgelehnt. Allseitig wurde erklärt, daß die Ablehnung dieser an sich berechtigten Forderung auf die Haltung der Regierung gegenüber der Besoldungsnovelle zurückzuführen sei. — Bei der Beratung des Etats der allgemeinen Finanzverwaltung erklärte Reichsschatzsekretär Kühn, der Entwurf eines Weinbesteuerungsgesetzes werde demnächst dem Bundesrat vorgelegt werden. Das Reich habe ein Interesse daran, für den Zollkostenersatz nicht zuviel auszugeben, während die Bundesstaaten möglichst viel daraus erzielen möchten. Der Reichsschatzsekretär erklärte, er werde noch im Laufe dieses Sommers dem Bundesrat hierüber bestimmte Vorschläge unterbreiten können. Bezüglich der Etatisierung der Einnahmen erklärte der Reichsschatzsekretär, die Einnahmen im März hätten sich so gehalten, daß höchstens ein geringer Fehlbetrag zu erwarten sei. Deshalb könne es auch 1914 bei den Etatansätzen verbleiben.

*

Resolutionen zum Militäretat.

Die Abgeordneten Graf v. Westarp und Schultz (Bromberg) beantragen:

der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: 1. mit den verbündeten Regierungen erneut in Verhandlungen darüber einzutreten, daß die im § 8 des Besoldungsgesetzes vom 15. Juli 1909 beschlossenen Grundsätze über die Anrechnung der Militär- und Marinedienstzeit der Militäranwärter auf das Besoldungsdienstalter in allen Bundesstaaten gleichmäßig durchgeführt werden; 2. dahin zu wirken, daß die Vorschriften über die Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter der Militäranwärter bei den Kommunal- und sonstigen Verwaltungen recht bald gesetzlich eingeführt werden.

Die Abgeordneten Rogalla v. Bieberstein und Genossen beantragen, der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, sich mit den amtlichen Vertretungen der Landwirtschaft in den Einzelstaaten in Verbindung zu setzen, um mit denselben die durchschnittlichen Gestehungskosten für eine Militärremonte festzusetzen, damit an der Hand dieser Feststellungen eine diesen entsprechende Summe zum Ankauf von Remonten in den nächsten Heeresetat eingestellt wird.

Die Besoldungsvorlage von der Budgetkommission angenommen.

Die Budgetkommission des Reichstages nahm die gesamte Besoldungsvorlage unverändert nach den Beschlüssen der ersten Lesung einstimmig an. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes hatte erklärt, daß die Beschlüsse der Kommission für die Regierung unannehmbar seien. Die Sorge für die Beamten teile die Regierung mit dem Reichstag. Die Konsequenzen jedoch, die sich aus den Beschlüssen der Kommission ergäben, seien unübersehbar. Die Stellungnahme der verbündeten Regierungen sei durch Beschluß des Bundesrats in ablehnendem Sinne erfolgt. Auch sei bereits in der ersten Lesung zum Ausdruck gebracht worden, daß Beschlüsse über die Vorlage hinaus diese gefährden und unannehmbar machen würden. Redner aller Parteien hatten betont, daß sie an den gefaßten Beschlüssen festhielten und daß die Verantwortung für die aus der ablehnenden Haltung der Regierungen entstehende Erregung in den Beamtenkreisen der Regierung zufalle.

Von der Sonntagsruhe.

Die 24. Kommission des Reichstags beschloß, unter allen Umständen die erste Lesung des Entwurfs betreffend die Sonntagsruhe vor der Sommerpause zu Ende zu führen und, unbekümmert darum, ob der Reichstag vertagt oder geschlossen wird, durch den Berichterstatter einen vorläufigen Bericht über die erste Lesung erstatten zu lassen. Nachdem die Kommission in der letzten Sitzung die Beratung über die Frage der Sonntagsruhe in offenen Verkaufsstellen beendet hatte, begann sie gestern die Beratung der Sonntagsruhe im übrigen Handelsgewerbe. Die Regierungsvorlage will dafür eine Beschäftigung bis zu zwei Stunden zulassen, ein Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien dagegen die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern verbieten. Die in der Vorlage für das Speditions- und Schiffsmaklergewerbe gestattete Höchstbeschäftigung von fünf Stunden, sowie eine höchstens vierstündige Beschäftigung für alle Betriebe an jährlich höchstens sechs Sonn- und Festtagen, an denen besondere Verhältnisse einen außerordentlichen Geschäftsverkehr erforderlich machen, sind auch in den Kompromißantrag übernommen. Die Weiterberatung und die Beschlußfassung wurde auf Donnerstag vertagt.

Hauptamtliche Kreisschulinspektoren.

Ein Antrag der Abgeordneten Dr. Arendt (Mansfeld) und Genossen zur zweiten Beratung des Etats des Ministeriums der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die Königliche Staatsregierung zu ersuchen: 1. nach Maßgabe des steigenden Bedürfnisses und unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse die nebenamtlichen Kreisschulinspektionen durch hauptamtliche zu ersetzen; 2. zu hauptamtlichen Kreisschulinspektoren vornehmlich im Dienst der Volksschule erfahrene Männer, insbesondere nach Möglichkeit auch seminaristisch vorgebildete Lehrer zu berufen.

Kleinere politische Nachrichten.

* **Der Kaiser auf der Heimreise.** Die „Hohenzollern" und ihre Begleitschiffe warfen gestern nachmittag gegen 4 Uhr vor Portofino Anker, nachdem sie vorgestern Messina und Neapel und gestern Elba passiert hatten. Vor der Ankunft der „Hohenzollern" in Portofino wurden der Kaiser und die Kaiserin bei ihrer Fahrt durch den Golf von Santa Margherita von zahlreichen Personen in geschmückten und beflaggten Booten begrüßt. Der im Golf liegende italienische Kreuzer „Quarto" hißte große Flaggengala und gab den üblichen Salut ab, den die deutschen Kriegsschiffe „Breslau" und „Goeben" erwiderten. Der Kaiser und die Kaiserin sind in Portofino an Land gegangen, begleitet von dem deutschen Botschafter v. Flotow. Die Musik spielte die deutsche Hymne, die Menge begrüßte die Majestäten mit lebhaftem Hurra, die Schulkinder schwenkten kleine Fähnchen, brachten Hochs auf den Kaiser und die Kaiserin aus und riefen: Hoch Italien! Hoch Deutschland! Die Majestäten wurden durch den Botschafter a. D. Dr. Freiherrn Mumm v. Schwarzenstein, dessen Gäste sie sind, durch den Unterpräfekten von Chiavari, die Spitzen der Behörden und die deutsche Kolonie empfangen; sie erwiderten die Grüße mit freundlichem Lächeln und begaben sich durch die ihren Weg in dichten Reihen umsäumende Volksmenge nach der Villa San Giorgio des Botschafters, um den Tee einzunehmen. Der Ort ist prachtvoll geschmückt, überall sieht man Fahnen, Teppiche und Blumen.

* **Zur Taufe in Braunschweig.** Die Herzogin Thyra von Cumberland hat sich gestern abend zu den Taufeierlichkeiten nach Braunschweig begeben.

* **Am Kaisermanöver** dieses Jahres nehmen, wie bereits bekannt, das preußische 7., 8., 11. und 18., das bayerische 2. und 3. Armeekorps teil. Auch werden noch Truppen anderer Armeekorps herangezogen. Damit wird dieses Kaisermanöver das größte und umfangreichste Manöver, das bisher bei der preußischen und deutschen Armee stattgefunden hat. Der Beginn des Manövers ist auf den 14. September festgesetzt, dem Verlaufe wird es abhängen, wann Se. Majestät den Schluß des Manövers anordnen werden. Vorläufig ist als letzter Manövertag der 18. September vorgesehen.

* **Streikkrawalle in Dortmund.** Ein in Dortmund kürzlich ausgebrochener Streik der Fuhrleute und Transportarbeiter hat jetzt einen bedrohlichen Charakter angenommen. In verschiedenen Straßen der Stadt kam es zu Krawallen. Im Norden der Stadt überfielen etwa dreißig Streikende einen Wagen der Firma Hemsoth, mißhandelten die Kutscher, bewarfen sie mit Steinen und spannten die Pferde aus. Am Steinplatz rotteten sich vor dem Geschäft eines Spediteurs etwa tausend Ausständige zusammen und versuchten das Wohnhaus zu demolieren. Die herbeigeeilten Schutzleute mußten ihre Waffen blank ziehen; mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Im Laufe des Handgemenges förte man Revolverschüsse. Zur Aufrechterhaltung der städtischen Müllabfuhr hat die Stadt polizeilichen Schutz zur Verfügung gestellt, der jedoch nicht ausreichen dürfte. Es ist wahrscheinlich, daß Gendarmerie herangezogen wird.

* **Verzinsung von zurückzuzahlenden Wehrbeiträgen.** Der Finanzminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsschatzamte bestimmt, daß Wehrbeiträge, die auf Grund rechtskräftiger Entscheidung widerrechtlich erhoben und deshalb zurückzuerstatten sind, vom Tage der Einzahlung des zu erstattenden Betrages an mit 4 v. H. zu verzinsen sind.

Ausland.

Die Zusammenkunft der Vermittler.

Staatssekretär Bryan gibt bekannt, daß die Vermittler am 18. Mai in Niagara Falls in Kanada zusammentreten werden.

Nach einer Konferenz zwischen Staatssekretär Bryan und den Vertretern der ABC-Staaten wird mitgeteilt, daß man sich endgültig entschlossen hat, ohne Carranza die Verhandlungen fortzuführen. Augenscheinlich wird ein Wechsel in Carranzas Verhalten als äußerst zweifelhaft angesehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191405072-18/fragment/page=0001

Zum Angriff auf Tampico.

Die Vertreter der mexikanischen Rebellen erklären, daß ihre Artillerie, bis zu deren Ankunft sie mit dem Angriff auf Tampico gewartet hätten, vor Tampico eingetroffen sei.

In Veracruz ist die Nachricht eingelaufen, daß die San-Franzisko-Brücke und eine kleinere, näher bei Veracruz gelegene Brücke durch Dynamit zerstört worden sind. Soweit bekannt, ist die Saledad-Brücke unversehrt, doch sind auch dort Minen gelegt.

★

Der diplomatische Vertreter Englands hat der Regierung von Haiti ein Ultimatum überreicht, in dem die Zahlung einer Entschädigungssumme von 62 000 Dollar an einen britischen Staatsangehörigen für die Zerstörung einer Sägemühle während der Leconde-Revolution gefordert wird. Die im Ultimatum gestellte Zahlungsfrist lief gestern abend um 6 Uhr ab.

Oesterreich und Deutschland.

Aus Anlaß der bevorstehenden Debatten der österreich-ungarischen Delegationen über die äußere Politik schreibt die „Neue Freie Presse" über das Verhältnis der Monarchie zu Deutschland:

„Mit kindischer Oberflächlichkeit ist behauptet worden, die Gemeinschaft mit dem Deutschen Reiche schädige unsere Interessen, zwinge uns zu maßlosen Rüsten, ohne uns Sicherheit zu gewähren, bringe der Monarchie nur Lasten und keinen Gewinn. Da ist es der Mühe wert, sich zu überzeugen, wie denn eigentlich die Wahrheit aussieht, und an der Hand der letzten Veröffentlichungen zu prüfen, was Deutschland für uns getan hat und wie sich in der diplomatischen Arbeit das Zusammenwirken der beiden Staaten und die Gesinnungen erwiesen, aus welchen ihre Handlungen entspringen. Das Blatt stellt dann im einzelnen fest, wie Deutschland vom Beginn der Balkankrise unentwegt und überall den Standpunkt der Monarchie unterstützt habe, und sagt zum Schluß: So hat ein Staat gehandelt, dem wir jetzt, wenn es nach der Meinung frischgestrichener Pansslawisten ginge, den Rücken kehren sollten. So sieht die „Ausnützung", die Ueberworteilung aus, die wir durch Deutschland erleiden. Das Bündnis mit Deutschland, das sehen wir auch aus den Einzelheiten des Rotbuches, ist der sicherste Schutz für die Wahrung unserer Interessen und zu gleicher Zeit der sicherste Schutz des europäischen Friedens."

Die Kämpfe in Albanien.

Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse" aus Tirana wurden die albanischen Truppen bis südlich von Koritza zurückgeschlagen. In Tirana werden zehntausend Mann mobilisiert und gehen sofort in den Kampf.

Nordwestlich von Dibra haben serbische Truppenabteilungen die albanische Grenze überschritten und auf albanischem Gebiete einen Höhenrücken mit Geschützen besetzt und befestigt.

Aussprache über die Ulster-Angelegenheit.

Die „Times" meldet, daß Premierminister Asquith gestern eine Privatbesprechung mit Bonar Law und Sir Edward Carson gehabt hat.

Das Frauenwahlrecht im englischen Oberhaus.

Nach zweitägiger Beratung lehnten die Lords mit 140 gegen 60 Stimmen den von Lord Selborne eingebrachten Gesetzentwurf ab, der denjenigen Frauen das Parlamentswahlrecht geben will, welche das Kommunalwahlrecht besitzen. Dies ist das erste Mal, daß im Oberhause das Frauenwahlrecht zur Beratung stand.

Im Zeichen der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.

Da Goethe nun schon seit länger als 82 Jahren das Zeitliche gesegnet hat, so ist es müßig, darüber zu spintisieren, wie wohl heute sein Ausspruch über Leipzig, sein „Kleinparis", lauten würde, wenn er der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik seine Aufmerksamkeit zu schenken vermöchte. Gewiß würde auch ihn, den großen, umfassenden Geist, die Fülle kulturgeschichtlicher Urkunden, die auf einem Platze zu einander versammelt sind, überwältigt haben, und sicher würde er wie gestern beim Rundgange durch die Ausstellung Prinz Johann Georg von Sachsen seinen sehr baldigen Besuch in Aussicht gestellt haben, um sich hineinzuversenken in die kostbaren Schätze vergangener Jahrtausende, um sich an ihnen zu erfreuen und durch sie seinen Geist befruchten zu lassen. „Mein Leipzig lob' ich mir!" Das würde man am Ende wieder zu hören bekommen. Und dieses Lob wäre gerechtfertigt, denn Leipzig hat hier Bedeutsames, ja Großes geleistet, als seine Vertreter von Kunst und Wissenschaft, vom Buchgewerbe und Buchhandel die Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik in die Wege leiteten. Das ist eine wahrhaftige Weltausstellung, denn nicht nur alle Kulturvölker der alten und neuen Welt, der alten und der Neuzeit haben Proben ihrer geistigen Entwickelung ausgestellt, wir sehen auch die Kulturäußerungen geringerer Völkerrassen. Man muß sich in die Einzelheiten vertiefen, nicht nur einen flüchtigen Rundgang machen, um zu einer klaren Vorstellung der gewaltigen hier geleisteten Arbeit und zu ihrer gerechten Würdigung und Beurteilung zu gelangen. Wir werden noch Gelegenheit nehmen, diese Ausstellung eingehender zu besprechen, es ist einfach unmöglich, im engen Rahmen einer kurzen Plauderei irgendwie diesen Gegenstand erschöpfend behandeln zu wollen. Man gestatte uns aber noch einige Worte über die gestrige Eröffnung, über die unsere Leser bereits durch Fernmeldungen unterrichtet worden sind.

Die Leipziger Bevölkerungsschaft selbst schien sich in ihrer Gesamtheit noch nicht so recht auf die Bedeutung des 6. Mai eingestellt zu haben, denn es wehten zwar von vielen Häusern Fahnen und Flaggen, allein die erwartungsvolle Unruhe, die großen Ereignissen vorauszugehen pflegt, das Gefühl der Feiertäglichkeit schien sich den Massen noch nicht mitgeteilt zu haben. Das Straßenbild zeigte sich gegen sonst wenig verändert, die Leute liefen mit ihren gewöhnlichen Alltagsgesichtern umher. Erst als der König eingetroffen war, flutete das Straßenleben etwas stärker als sonst, wenn auch nicht mit der elementaren Wucht, die Ungewöhnliches auf den ersten Blick erkennen läßt. Wir glauben, die Bedeutung der „Bugra" ist den Leipzigern noch nicht so ausschließlich aufgegangen, uns scheint, sie müssen erst daran gewöhnt werden. Nun, da die Ausstellung bis in den Oktober hinein dauert, so ist zu solchem Erziehungswerke noch viel Zeit verfügbar. Auf der anderen Seite könnte es auf die Leipziger ebenfalls erzieherisch wirken, wenn sich König Friedrich August von Sachsen etwas rarer in Pleißenthen machen würde. Wir wissen, die Leipziger lieben ihren König; seine Abneigung gegen die spanischen Schnürstiefel der Etikette, sein freundliches, biederes Wesen, seine Offenherzigkeit bezaubert die Leipziger Landeskinder, allein durch sein häufiges Verweilen in Leipzig wird die Bevölkerung sozusagen zu vertraut mit ihm, sie biedert sich ihm an und nimmt darum nicht immer den gehörigen Abstand zu des Königs Majestät. Nicht die Schutzmannsetete stellt jenen Abstand her, sondern das Bewußtsein von der Bedeutung des Königstums und seiner Autorität. König Friedrich August liebt ein gutes Scherzwort und er greift es gern auf. Als in der „Halle der Kultur" der König und seine Begleiter vor der mit Nadeln ausgesteckten Entwicklung des Buchhandels standen, da warf Kultusminister Dr. Beck ein Wort von der Nadelstichpolitik hin. Der König hörte es und griff es sofort auf. So etwas bringt den Fürsten dem Volke näher, aber das Volk muß solchem Verhältnis gegenüber Haltung bewahren, dann wird jeder Königsbesuch in Leipzig zu einem Ereignis.

Indes: zurück zur Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik. Von 11 Uhr an versammelten sich im Festsaale des Mittelbaues der gewaltigen weit ausladenden Haupthalle die geladenen Festgäste. Dieser Saal ist ein von mächtigen Säulen getragener gekuppelter Rundbau, dessen schmale Wände und die Decken mit Malereien geschmückt sind. Lorbeerbäume bildeten den einzigen pflanzlichen Schmuck. Etwa 200 Personen erschienen nach und nach. Der schmucklose schwarze Frack herrschte vor. Um so reizvoller wirkte das Dazwischentreten der Träger glänzender Uniformen. Die Generalität war stark vertreten. Der ganz dunkelgrüne Ministerrock der sächsischen Regierungsmänner mit dem dunklen Samtkragen stach durchaus nicht hervor. Unter seinen Ministerkollegen ist der Kultusminister Dr. Beck vielleicht die bedeutendste Gestalt. Der geistvolle Kopf wird getragen von einer hohen, schlanken Leiblichkeit. Dr. Beck ist nicht nur der Mann des Königs, sondern auch der Mann einer festen, konservativen Weltanschauung, ein Träger des Autoritätsgedankens, und darum hat er für sein Land nicht nur vieles schaffen, sondern auch manchen Ansturm von links abwehren können. Solange solche Männer an leitender Stelle stehen, hat es noch keine Not. Freilich müssen auch sie ihre Stütze finden nicht nur in der eigenen Ueberzeugung, sondern auch in dem Bewußtsein des Volkes von der Notwendigkeit ihres Wirkens. Kleiner und untersetzt erscheint der mit Orden behangene Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. Delbrück, der beim nachmaligen Rundgange manches witzigen Wortes Urheber war. Sein oft angefeindetes Amt hat ihm seinen Mutterwitz nicht rauben können. Auch sein Kollege vom Reichskolonialamt, Dr. Solf, der die koloniale Ausstellung ermöglicht hat, erschien recht aufgeräumt, was bei ihm ja weniger Wunder zu nehmen braucht, denn, wie männiglich bekannt, ist ihm sein Staatssekretärsgehalt ohne die schlimmen Begleiterscheinungen der Abgunst und Bemängelung seines Arbeitens bewilligt worden. Alle die hohen Herren, die die Eröffnung der „Bugra" hierhergeführt hatte, verband offensichtlich ein Band herzlicher Gemeinschaft, das von der Gemeinsamkeit amtlicher Beziehungen gewoben und von der also erzeugten Bekanntschaft zu freundschaftlicher Hinneigung gefestigt worden ist.

Wie gesagt, der Frack überwog. Allein selten war der Frack auch ohne jedes Ordenszeichen. Beim weitaus größten Teile der Anwesenden drängten sich Sternen auf Sternen auf der Brust ihrer Träger zusammen. Das grün-weiße Sachsenband war selbstverständlich am stärksten vertreten. Aber auch viele preußische, auch bayerische Orden waren zu sehen, und selbst ausländische Ehrenzeichen fehlten nicht. Trägerinhaber ohne Orden kamen sich sehr vereinsamt vor, allein niemand ließ sie es irgendwie fühlen, was ihnen fehlte. Und wer weiß, vielleicht läßt Hoffnung nicht zuschanden werden. Mögen sie weiterhoffen. Unter den Festteilnehmern gab es aber auch berühmte Größen der Kunst und Wissenschaft, wie Professor Dr. Lamprecht, Professor Buskes, Professor Max Klinger, von dem in der Ausstellung eine Nietzsche-Büste ausgestellt ist und der auf der nicht billigen Ausstellungskarte der Urheber des malerischen Vorwurfes war. Eine größere Anzahl von Damen wohnte der Eröffnung von einer Galerie aus bei, wo auch die Kapelle eines Ulanen-Regiments sich aufgestellt hatte und den König, den Prinzen Johann Georg, die Prinzessin Mathilde und die Begleitung mit einer musikalischen Huldigung bedachte. Nach der Rede des Ausstellungspräsidenten Dr. Volkmann, deren wir schon gedacht haben, und nach der Eröffnung der Ausstellung durch den Kreishauptmann v. Burgsdorff begann der Rundgang durch die Ausstellung. Die Prinzessin Mathilde begab sich in das „Haus der Frau", während der König und sein Bruder, der von seinem Großvater König Johann starke wissenschaftliche Interessen geerbt hat, zunächst mit ihrem Gefolge durch die Haupthalle schritten. In geschickter Weise hatte der Ausstellungsvorstand durch Aufteilung der Bedienstesten und Angestellten und Arbeiter den Eindruck des Unfertigen zu verwischen gesucht, allein der König hat ein scharfes Auge für derartige kleine Unvollkommenheiten, und manche scherzhafte Bemerkung bewies, daß man ihm nicht ein X für ein U vormachen kann. Was natürlich auch der Ausstellungsvorstand nicht beabsichtigt hatte. Vielmehr hatte er danach getrachtet, das Fertige in einer gewissen Geschlossenheit zu zeigen. Und das ist ihm immerhin gelungen. Jedenfalls kann trotz des Unfertigen der Besuch der Ausstellung empfohlen werden. Eine überwältigende Fülle von kaum Geahnten tritt einem schon jetzt gegenüber. Nur kommen und schauen, wenn man auch nicht erwarten kann, daß die „Genossen", die das Arbeiterbildungswesen zur Ausstellung bringen, wieder wie bei der Eröffnung vor dem König in Frack und Zylinder und weißer Binde sich zeigen werden. Die Leipziger Genossen sind boshaftig geworden.

Einen köstlichen Anblick gewährt das Aeußere und Innere des Akademischen Viertels, das u. a. einen Teil des Heidelberger Schlosses in stimmungsvoller Nachahmung darstellt. Im Hofe hatten sich viele Hunderte von akademischen Bürgern in Wichs versammelt, um zu Ehren des Königs und des Prinzen Johann Georg einen Frühschoppen einzunehmen. Die hohen Gäste fühlten sich unter der studentischen Jugend froh und heiter und trennten sich ungern von der fröhlichen Stätte, um danach im Weinrestaurant zu frühstücken. Dann wurden die Besichtigungen fortgesetzt und abends fand im Königlichen Palais Tafel statt. Hierüber mag der Telegraph berichten.

H. Mieschner.

★

Leipzig, den 6. Mai.

An die Besichtigung der Ausstellung durch den König von Sachsen schloß sich um 2 Uhr nachmittags im Weinrestaurant ein Frühstück, an welchem der König und Prinz Johann Georg, das Gefolge, die Minister und die ausländischen Kommissare sowie das Direktorium der Ausstellung teilnahmen. König Friedrich August verließ mit dem Prinzen Johann Georg in Begleitung des Gefolges um 4 Uhr 50 Minuten das Ausstellungsgelände und begab sich nach dem Königlichen Palais. Um 6 Uhr abends fand im Palais königliche Tafel statt, an der der Prinz Johann Georg teilnahm. Ferner waren u. a. geladen die Staatssekretäre Dr. Delbrück und Dr. Solf, sämtliche sächsische Minister, die in Dresden beglaubigten Gesandten, das Direktorium der Ausstellung, sowie die Regierungskommissare und Vertreter der Wissenschaft.

★

Aus Anlaß des Namenstages der Kaiserin von Rußland fand gestern vormittag in der russischen Kirche zu Leipzig ein Tedeum statt, das von dem russischen Geistlichen zelebriert wurde. Der Feierlichkeit wohnten außer dem russischen Gesandten in Dresden Baron Wolf, der zur Eröffnung der Buchgewerbe-Ausstellung hier weilt, die in Leipzig anwesenden russischen Würdenträger und die russische Kolonie in Leipzig bei.

Vor 50 Jahren in Veracruz.

Wie im jetzigen Augenblicke, so richtete vor 50 Jahren die politische Welt ihre Blicke auf die Stadt Veracruz. Am 14. April 1864 hatte der zum Kaiser von Mexiko gewählte Erzherzog Max von Oesterreich mit seiner Gemahlin und einem kleinen Gefolge auf dem Schiffe „Novara" das Schloß Miramar, die „Perle der Adria", verlassen, die Brust geschwellt von stolzen Plänen und kühnen Entwürfen, und am 28. Mai 1864, um zwei Uhr nachmittags, warf die „Novara" vor der Stadt Veracruz die Anker. Kaiser Max von Mexiko war angelangt in dem Lande, das er einer großen Zukunft entgegenzuführen hoffte und das ihm nur, nach kurzem, tragischem Kampfe, zum frühen Grabe werden sollte. Kein Ort konnte geeigneter sein, seine Erwartungen zu enttäuschen, als Veracruz, wo er zum ersten Male den Fuß setzte auf mexikanischen Boden. „Die Küste ist flach, sandig, ohne jegliche Vegetation. Die bächerlosen weißen Häuser der Stadt, die in geraden Linien gebaut sind, und regelmäßige, breite Straßen bilden, geben dem Ganzen den Anstrich eines großen Kirchhofes, und leider nicht mit Unrecht." So schrieb die Gräfin Paula Kollonitz, welche die Kaiserin Charlotte von Mexiko als Hofdame begleitete, in ihr Tagebuch. „La villa rica della Veracruz", von Cortez gegründet, ist in der Tat eine der ungesundesten Städte der Welt, in der das gelbe Fieber acht Monate in jedem Jahre wütet und die Reihen der Europäer lichtet, während die von der Hitze erzeugten Ausdünstungen den Eingeborenen ganz unschädlich sind. Um den melancholischen Eindruck noch zu vertiefen, waren das erste, was der Kaiser Max von seinem Reiche erblickte, das Wrack eines gestrandeten französischen Schiffes und die Gräber tausender von Franzosen, die am Beginn der Expedition unter der Führung des Admirals Jurien de la Gravière hier gelandet und die Opfer der Seuche geworden waren: mit traurigem Witz hatten ihre Landsleute diesen Platz den „Jardin d'acclimation" genannt. Trotzdem die französische Fregatte „Themis", die auf Befehl Napoleons III. der „Novara" auf ihrer Fahrt das Geleit gegeben hatte, vorausgeeilt war, regte sich bei der Ankunft des kaiserlichen Paares nichts in Veracruz, weder im Hafen noch an der Küste. Die Gräfin Kollonitz schreibt: „Alles blieb mäuschenstill. Der neue Beherrscher von Mexiko stand angesichts seines Reiches, aber seine Untertanen hielten sich verborgen, niemand empfing ihn! Es war ein unheimliches Gefühl für alle, der Kaiser aber bewahrte seine sarkastische Ruhe." Der General Almonte, der bis zur Ankunft des Kaisers die Regierung führte, hielt sich aus Furcht vor dem gelben Fieber von Veracruz fern, und als sich endlich der Beschlshaber der französischen Flotte, Admiral Bosse, einfand, trat er mit empörender Rücksichtslosigkeit auf, schilderte dem Kaiserpaar mit unerfreulicher Beredsamkeit die Gefahren, denen es ausgesetzt wäre, erzählte, es könnte schon während des einmaligen Uebernachtens mit der ganzen Schiffsmannschaft vom Fieber hingerafft werden, und es hätten sich Banden gebildet, um den Kaiser und die Kaiserin zu fangen. Endlich kamen gegen Abend der General Almonte und die Behörden von Veracruz an Bord, und als die Nacht hereinbrach, erstrahlte Veracruz in bengalischem Lichte, wurden Kanonenschüsse gefeuert und ließ die französische Flotte Raketen steigen. Aber am nächsten Morgen, da der Kaiser Max an Land ging, war der Empfang „äußerst kühl" und von den mexikanischen Damen, die hier anstelle der Oesterreicherinnen den Dienst bei der Kaiserin Charlotte übernehmen sollten, ließ sich nicht eine einzige sehen. Kein Wunder, daß die Reise nach der Hauptstadt unter trüben Ahnungen fortgesetzt wurde ...

Vermischtes.

Zu dem großen Ausstand in Colorado. „Daily Chronicle" meldet aus New-York vom 5. d. Mts.: Hauptmann Carson, der in den Kämpfen mit den Bergleuten bei Ludlow eine Kompagnie der Staatsmiliz von Colorado befehligte, erklärt, daß seine Mannschaften zu 90 Prozent Arbeiter und Angestellte der Grubengesellschaft waren. Eine eingehende Untersuchung der Vorgänge ist angeordnet worden.

Aus dem Gerichtssaal.

— **Dekorationsarbeiten als Werke der bildenden Kunst.** Der Maler D. in Halle hatte im August 1912 im „Hotel zur Tulpe" in Halle einen Fries, der eine fortlaufende Weinranke mit Blättern und Früchten darstellte, ausgeführt. Im Herbst 1912 wurden dem Dekorationsmaler Meister W. die Ausschmückungsarbeiten im Restaurant „Freischütz" übertragen. Er legte mehrere Skizzen vor und erhielt den Auftrag, die zuletzt vorgelegte auszuführen. Nachdem dies geschehen war, stellte der Maler D. Strafantrag gegen W. wegen Verletzung seines Autorrechts, indem er behauptete, der Fries des Angeklagten sei eine Nachbildung des von ihm in der „Tulpe" ausgeführten Frieses und der letztere sei der Ausfluß seines künstlerischen Schaffens. Das Landgericht Halle verurteilte am 5. Februar W. wegen Nachahmung der individuellen Schöpfung D.'s zu einer Geldstrafe von 50 Mark. Die Revision des Angeklagten wurde am 5. Mai vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Landwirtschaft.

Der Saatenstand in Preußen

Anfang Mai 1914 ist, wenn 2 gut und 3 mittel bedeutet, für Weizen 2,6 gegen 2,6 im Mai 1913, für Spelz 2,3 (2,7), Roggen 2,6 (2,7), Gerste 2,8 (2,7), Raps und Rübsen 2,5 (3,0), Klee 2,6 (2,5), Lugerne 2,7 (2,8), Rieselwiesen 2,5 (2,5), andere Wiesen 2,8 (2,8). Gegen den Vormonat hat sich nur die Begutachtungsziffer für Spelz, die 2,5 betrug und diejenige für Roggen, die 2,4 lautete, verändert. In den Bemerkungen der Statistischen Korrespondenz heißt es: Die bei dem ungünstigen Wetter des März im Rückstande gebliebene Bestellung der Aecker zur Sommersaat wurde in dem trockenen April mit Anspannung aller Kräfte gefördert, sodaß die Einsaat der Halmfrüchte bis zur Abgabe der Berichte fast überall, teilweise auch schon das Kartoffellegen beendet war. Die zuerst eingesäten Halmfrüchte waren größtenteils schon gut aufgelaufen, später eingesäte liefen vereinzelt schwer und ungleich auf. Von den infolge von Auswinterung, Ueberschwemmung, Mäuse- und Schneckenfraß notwendigen Umpflügungen mußten manche Aecker wegen Ueberbürdung mit Feldarbeiten einstweilen noch zurückbleiben. Bei der Ungunst der Witterungsverhältnisse haben sich die Saaten seit April wenig oder garnicht weiter entwickeln können. Der Roggenbestand ist sogar etwas zurückgegangen. Vielfach sollen die Pflanzen gelbspitzig geworden und nicht so kräftig wie zu Anfang April, auch nicht gut bestockt sein. Alle Anstände wären aber mit einem Male behoben, wenn bald warmer Regen fiele. Im großen und ganzen halten aber die günstigen den ungünstigen Nachrichten die Wage. Obgleich Klee und Luzerne wegen starker Auswinterung hier und da nicht befriedigten, konnten sie im ganzen doch noch günstig begutachtet werden, weil die vorhandenen Pflanzen kräftigen Wuchs haben und hohe Erträge erwarten lassen.

★

38. Mastvieh-Ausstellung.

Auf dem Zentral-Viehhof der Stadt Berlin ist Dienstag vormittag die 38. Mastvieh-Ausstellung eröffnet worden, die alte bekannte Schau, die sich im Laufe der Jahre in Fach- und Interessentenkreisen einen großen Ruf erworben hat. In der großen Rinderhalle befindet sich die Rindvieh-Ausstellung, die Schau von Maschinen und Geräten und die Gastwirtschaft mit der Musik. In der großen Hammelhalle werden die Schafe, Schweine und alle geschlachteten Tiere gezeigt. Außerdem ist ein Vorführungsring für Rinder und Wagenpferde geschaffen. Ueber die Ziele der Ausstellung äußert sich der Katalog in bemerkenswerter Weise. Danach ist man wieder, wie seit Beginn des Unternehmens, der schon 110 Jahre alten englischen Smithfield-Schau in ihren Grundzügen gefolgt. Die Maschinen- und Geräteabteilung bringt allerlei für Viehzucht, Molkerei, das Schlächtergewerbe usw. Die Ausstellung bleibt bis Donnerstag abend geöffnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191405072-18/fragment/page=0002

Aus Halle und Umgebung.

Halle, den 7. Mai.

Deutscher Bankbeamten-Verein, Zweigverein Halle. Im Anschluß an den Lichtbildervortrag des Oberingenieurs Dipl.-Ing. Bommert über „Gewinnung und Verwertung deutscher Braunkohle" hatte die Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. den Deutschen Bankbeamten-Verein, Zweigverein Halle, am 18. April zu einer Besichtigung der „Grube Cecilie", eines ihrer neuesten und größten Werke, eingeladen. Die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder, darunter eine Anzahl Damen, wurden in vier Abteilungen unter der sachkundigen Leitung mehrerer Beamten des Werkes durch die einzelnen Abteilungen geführt, um die Gewinnung der Braunkohle durch die Hacke des Bergmanns bis zur Verladung des versandfertigen Briketts mit eigenen Augen zu verfolgen. Der eingehenden und alle Teilnehmer befriedigenden Besichtigung der ausgedehnten Werksanlagen schloß sich sodann, durch die Verwaltung dargeboten, eine geradezu vorbildliche Bewirtung ihrer Gäste an, welche die unermüdlichen Führer und die dankbaren Mitglieder des D. B. V. noch einige fröhliche Stunden vereinigte.

Der Jahnsche Turnverein verlegte am Dienstag sein Turnheim nach der neuerbauten Turnhalle in der alten Volksschule an der Neuen Promenade 13. Die Turnstunden finden jetzt für die Männer- und Jünglingsabteilung Dienstag und Freitag abend von 8 bis 10 Uhr, für die Damenabteilung wie bisher Mittwoch abend von 8½ bis 10 Uhr statt. Mit Rücksicht auf die Beteiligung des Vereins an der am 10. Mai beim Turnbezirk Wehlitz stattfindenden Fahnenweihe und unter Bezugnahme auf die bevorstehenden Feste muß die Einweihung der Turnhalle am 15. Mai, abends 8½ Uhr stattfinden. Trotzdem der Umzug erst gegen ½10 Uhr beendet war, wurde die erste Turnstunde mit Freiübungen ausgefüllt. Anschließend folgte ein geselliges Beisammensein im „Markgrafen". Die Spielmannschaften spielen jeden Sonntag früh auf dem Sandanger von 8 bis ½10 Uhr.

Die Maschinenbauer-Liedertafel „Eintracht" der Firma Weise & Monski feierte am 2. Mai in den „Thaliasälen" ihr 25. Stiftungsfest unter Beteiligung zahlreicher Gäste, des Werkgesangvereins Pittler-Leipzig-Wahren und vieler Vertreter befreundeter Vereine. Eingeleitet wurde das Fest mit einigen vorzüglich zu Gehör gebrachten Musikstücken der Görlachschen Kapelle, denen ein recht sinnreicher Prolog, gesprochen von einer jungen Dame des Vereins, folgte. Die Festrede hielt der Vorsitzende, der einen Rückblick auf die verflossenen 25 Jahre gab und mit einem Hoch auf den Gründer und Protektor des Vereins, Herrn Fabrikbesitzer E. Weise, welcher mit seiner Familie anwesend war, schloß. Den noch dem Verein angehörenden neun Gründern wurde ein Jubiläums-Abzeichen angeheftet. Der verstorbenen Gründer war schon am Vormittag gedacht worden, indem auf deren Gräbern ein Kranz niedergelegt worden war. Mit sinnigen Worten übergaben die Frauen des Vereins einen großen, schöngeschnitzten Bilderrahmen, der Vorsitzende des Werkvereins der Firma Weise & Monski ein Kissen mit einem Silberkranz. Den Schluß des reichhaltigen Gesangprogramms bildete die humoristische Aufführung: „Das Sängerfest zu Singsanghausen" unter Teilnahme aller Sänger des Vereins. Sämtliche Darbietungen fanden wohlverdienten Beifall. Nachdem dem Leiter des Vereins in Anerkennung seiner rührigen Tätigkeit noch ein Bild, „Das Volkslied" darstellend, überreicht worden war, schloß der offizielle Festteil, dem noch ein Ball folgte, welcher alle Teilnehmer bis in die Morgenstunden zusammenhielt. Das Ergebnis einer Tombola wurde dem von Herrn Weise gestifteten Fonds zur Unterstützung von Witwen und Waisen der Sänger zugeführt.

Letzte Telegramme.

Der Eindruck der Rede des Kriegsministers.

Berlin, 7. Mai. Zur gestrigen Rede des Kriegsministers schreibt die „Deutsche Tagesztg.": „Das Ereignis des Tages war eine groß angelegte, sorgfältig durchgearbeitete und mit Lebhaftigkeit vorgetragene Rede des Kriegsministers. Nicht nur auf der rechten Seite des Hauses, sondern bei allen bürgerlichen Parteien fand der Minister lebhaften, bisweilen stürmischen Beifall, während die Sozialdemokraten durch wüstes Lachen, das oft den Eindruck des Gequälten machte, ihren Empfindungen Ausdruck gaben."

Der „Lokalanz." bezeichnet die Rede als bedeutsam. Das Blatt sagt: „Da sprach nicht ein Kasernenmensch, sondern ein Mann, der weiß, was er will, der ernst und humorvoll das Wort als Waffe zur Abwehr und zum Angriff zu gebrauchen weiß. Die Wirkung seiner Rede auf das ganze Haus war ungewöhnlich stark. Er sprach wohl 1½ Stunden, ohne daß sich auch nur einen Augenblick die mindeste Müdigkeit oder Abspannung einstellte."

Zur Besoldungsvorlage.

Berlin, 7. Mai. Nach einer unkontrollierbaren Nachricht soll das Schicksal der Besoldungsvorlage im Reichstage womöglich doch noch zum günstigen gewendet werden.

Nach einer weiteren Blättermeldung soll die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes nur einen Tag in Anspruch nehmen.

Eine eigenartige sozialdemokratische Interpellation.

Berlin, 7. Mai. Bei einem Streik in Charlottenburg ist es zu einem Konflikt mit der Polizei gekommen und letztere hat mehrere Personen, darunter einen sozialdemokratischen Stadtverordneten, festgenommen. Die Sozialdemokraten brachten gestern in der Stadtverordnetenversammlung eine Interpellation ein, wie der Magistrat die Bürger gegen derartiges Vorgehen der Polizei zu schützen gedenke. Eine Besprechung der Interpellation soll in der nächsten Sitzung stattfinden. Der verhaftete Stadtverordnete ist inzwischen freigegeben worden.

Englische Arbeiter in Berlin.

Berlin, 7. Mai. Eine Abordnung der nach Berlin kommenden englischen Arbeiter und Angestellten dürfte am 20. Mai auch durch den Reichskanzler empfangen werden.

Schwerer Unglücksfall.

Bochum, 7. Mai. In dem Betriebe des Gußstahlwerks brach gestern eine Gerüststange, auf der zwei Arbeiter saßen. Beide stürzten aus einer Höhe von 15 Metern ab. Der eine war sofort tot, der andere starb bei der Ueberführung nach dem Krankenhaus.

Berlin, 7. Mai. Ein starker Blitzstrahl traf gestern den Schornstein einer Fabrik chemischer Produkte. Das Mauerwerk des Schornsteins wurde in einer Höhe von 15 Metern heruntergerissen. Die Trümmer durchschlugen das Dach des Maschinenhauses und verletzten einen Werkmeister lebensgefährlich.

Börsen- und Handelsteil.

60jähriges Bestehen der Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter).

Am 17. April d. J. lag dem Aufsichtsrate der Bank der 59. Rechenschaftsbericht vor. Es war dies der Tag, an dem vor 60 Jahren die damalige konstituierende Generalversammlung die Gründung der Bank beschloß und so ein Unternehmen schuf, das dazu berufen war, an der Kräftigung unseres Volkswohlstandes in hervorragender Weise mitzuarbeiten. Eingegangen sind bei ihr in den 60 Jahren ihres Bestehens 833 043 Anträge über mehr als 2 Milliarden Mark. Versichert hat die Bank seit ihrer Gründung 234 438 Personen mit rund 1 Milliarde und 671 Millionen Mark. Der Versicherungsbestand ist bis heute auf 1 Milliarde und 157 Millionen Mark angewachsen. An Versicherungssummen wurden insgesamt 324 Millionen ausgezahlt und an Dividenden 158 Millionen Mark vergütet. Der Bankfonds beträgt 428 Millionen Mark; rund 78 Millionen Mark entfallen davon auf die Extra- und Dividendenreserven. Besonders stark war die Entwicklung der „Alten Stuttgarter" in dem letzten Jahrzehnt. In dieser Zeit erzielte die Bank Ergebnisse, die für sich allein betrachtet die Höhe der Gesamterfolge in den ersten 5 Jahrzehnten fast erreichten. Hand in Hand mit dem Wachstum der Bank ging eine Reihe fortschrittlicher Aenderungen und Verbesserungen. Welchen Umfang die heutige Organisation hat, beweist das weite Geschäftsgebiet der „Alten Stuttgarter". Es umfaßt Deutschland, Oesterreich, die Schweiz, Belgien, die Niederlande, Deutsch-Südwestafrika und die südafrikanische Union. Insgesamt arbeiten für die Bank mehr als 7000 Agenten. Etwa 5600 Vertrauensärzte sind im Bankbereich aufgestellt. Außerdem hat die Bank Geschäftsfreunde an fast allen Plätzen der Erde. Im Innendienst sind für sie etwa 300 Beamte tätig.

Wollauktion in London

vom 6. Mai. Bei lebhaftem Geschäft verkehrte die heutige Wollauktion in strammer Haltung. Amerika war Abnehmer für geeignete Sorten und legte für solche im Vergleich zur letzten Serie 7½ Prozent höhere Preise an. Angeboten: 12 600 Ballen, zurückgezogen 500 Ballen.

*

— **Kauf von Braunkohlenfeldern für den preußischen Staat.** Im Auftrage des preußischen Staates kaufte der Direktor des Arterner Bankvereins Büchner im Kreise Bitterfeld das Gut Altschloß, das Rittergut Niemegk sowie die Niemegker Pfarräcker und private Ländereien zur Ausbeutung der dortigen Braunkohlenlager, aus denen das staatliche Kraftwerk Muldenstein, das zur bevorstehenden Elektrifierung der Staatsbahnstrecken Berlin—Leipzig, Berlin—Halle, Leipzig—Halle—Magdeburg den Strom liefert, mit Kohlen versorgt werden soll. Das Objekt beträgt schätzungsweise 4 Millionen Mark.

— **Deutsche Kaliwerke in Nordhausen.** Der Aufsichtsrat beantragt wieder 10 Prozent Dividende.

— **Gegen die Vertrustung der Margarine.** Die Firma Schlinck & Co. A.-G., Mannheim-Hamburg, ist dem Schutzverbande gegen die Vertrustung der Margarine in Deutschland beigetreten.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Unter dem Einfluß der schwächeren amerikanischen Meldungen und des Regenwetters eröffnete der Getreidemarkt in matter Haltung. Für Weizen zeigte sich im späteren Verlaufe Deckungsbegehr, so daß die gestrigen Schlußpreise nahezu wieder erreicht wurden. Roggen per Mai und Juli war gefragt, während sich für Herbstware Realisierungen bemerkbar machten. Auch Hafer war im September-Termin schwächer. Mais und Rüböl träge. Wetter: Regenschauer.

Schlußbörse.

Weizen: Mai 198,75, Juli 205,25, Septbr. 195,75 ℳ; matter.
Roggen: Mai 167,25, Juli 168,00, Septbr. 162,00 ℳ; behauptet.
Hafer: Mai 161,50 Juli 164,00 ℳ; ruhig.
Mais: Mai —.—, Juli —.— ℳ; ruhig.
Rüböl: Mai 64,50, Juli —.—, Okt. —.— ℳ; geschäftslos.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.

Berliner Frühmarkt. (Amtl. Notierungen.) **Berlin**, 6. Mai.

Weizen (Normalgew. 755 g):	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	195—202
abfallender	——
Mai	——
Juli	——
Dezember	——
Roggen (Normalgew. 712 g):	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	165—165
abfall.	——
Mai	——
Juli	——
Septbr.	——
Gerste†) (per 1000 kg)	
Futterg., leichte inl.	145—155
do. schwere	156—168
Wintergerste, inländ.	——
russ. u. Donau leichte	134—138
amerikan.	——
Hafer (Normalgew. 450 g):	
Inl.**) fein (p. 1000 kg)	169—185
do. mittel do.	160—168
do. gering do.	——
mit Geruch	——
Mais (p. 1000 kg) frei Wagen:	
Amerik. mig.	——
runder	151—153
Odessa	——
weißer Natal	——
Erbsen (per 1000 kg):	
Inl. u. russ. Futterware mittel	175—184
feine Taubenerbsen	185—208
Viktoriaerbsen	——
Kleine Kocherbsen	——
Weizenmehl (per 100 kg)	
Nr. 00 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	22.75—27.50
Roggenmehl (per 100 kg):	
Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	19.90—22.20
Weizenkleie:	
grobe und feine	11.50—12.00
Roggenkleie	10.50—11.00
Seradella	——
Lupinen, gelbe	——
blaue	——

*) ab Bahn und frei Wagen. †) frei Wagen und ab Bahn.

Berliner Mittagsbörse. (Notierung der Produktenbörse.)

Weizen (Normalgew. 755 g):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	195—201
abfall.	——
Mai	188¾—199½
Juli	205—205¾—205⅝—205¼
Sept.	196—196¼—195¾
Dezember	197—196¾
Roggen (Normalgew. 712 g):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	——
Mai	167—167½—167¼
Juli	167¾—168¼—168
Sept.	162—162½—161¾—162
Dezbr.	163—163¼—162½
Mais (ohne Ang. d. Prov.):	
amerikan. mixed	——
runder	148—152 (ab Kahn)
Juli	——
Hafer (Normalgew. 450 g):	
inländ. fein	166—182
mittel	157-165, gering ——
April	——
Mai	161—160¾
Juli	164—163¾—164
Dezbr.	——
Weizenmehl (per 100 kg):	
Nr. 00 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	22.75—27.50
(feinste Marken über Notiz).	
Roggenmehl (per 100 kg)	
Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	20.20—22.70
Mai	20.50. Juli —.—
Rüböl (per 100 kg in Faß):	
Mai	64.50
Dezbr.	—.— Br.

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

— **Magdeburg**, 6. Mai. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Partität frei Magdeburg, netto Kasse 18,25—18,75 Mk. Tendenz: ruhig.

— **Berlin**, 6. Mai. Trockene Kartoffelstärke und Kartoffelmehl Mai-Juni 18,00 Mk., feuchte Stärke — Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**, 6. Mai. Branntwein 35 Vol.-% für 100 kg (104—105 Ltr.) 81,75—82,75 Mk., Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 92,50—93,50 Mk. per loko und Lieferung bis Ende September 1914 ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 6. Mai. Spiritus, roher Kartoffel- in Mark per 100 Liter à 100 %. Tendenz: fest. Ohne Faß. Regulierungspreis 31 Mk., Mai 31 G., Mai-Juni 31 G. inkl. Eisenbandspiritusstücke je 5,75 Mk. höher.

— **Paris**, 6. Mai. Spiritus ruhig. Mai 40,25, Juni 41,00 Juli-August 41,75, September-Dezember 41,75.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 6. Mai. Rüböl loko 70,50, Oktober 69,50.

— **Hamburg**, 6. Mai. Rüböl fletig, loko verzollt 68,00.

— **Amsterdam**, 6. Mai. Leinöl kaum fletig, loko 27½, Juni 26⅞, Juni-August 27, Septbr.-Dezbr. 27⅞.

— **Paris**, 6. Mai. Rüböl ruhig. Mai 76,25, Juni 75,50, Juli-August 75,00, Septbr.-Dezbr. 75,00.

Zucker.

W. Hamburg, 6. Mai. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per 50 Kilo per Mai 9,20, per Juni 9,37½, per Juli 9,47½, per August 9,57½, per Oktbr.-Dezbr. 9,60, per Januar-März 9,77½. Tendenz: ruhig.

W. London, 6. Mai. Rüben-Rohzucker 88 % Mai 9 sh. 3 d. Wert, ruhig. Javazucker 96 % prompt 10 sh. 1½ nominell, ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 6. Mai. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) Mai 46¼ G., Septbr. 47¾ G., Dezbr. 48½ G., März 49 G. Tendenz: ruhig.

— **Amsterdam**. 6. Mai. Java-Kaffee, good ordinary, fletig, loko 40½.

— **Havre**, 6. Mai. Kaffee. Good average Santos Mai 57¾, September 59, Dezember 59½, März 60½. Tendenz: ruhig.

— **Rio de Janeiro**, 5. Mai. Kaffee. Zufuhren 8000 Sack in Rio, 16 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 6. Mai. Baumwolle, ruhig. Upland middling loko 64,25 Mk.

— **Antwerpen**, 6. Mai. Wolle. La Plata-Kammzug Type B April 6,57½, Juli 6,55, September 6.50, November 6,47½, Januar 6,40, März 6,32½. Tendenz: Ruhig.

— **Liverpool**, 6. Mai. Baumwolle. Umsatz 18 000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Willig.

Amerikanische middling Lieferungen: Ruhig. Per Juni —.—, per Mai-Juni 6,91, per Juni-Juli 6,78, per Juli-August 6,75, per August-September 6,61, per Septbr.-Okt. 6,42, per Oktober-November 6,32, per November-Dezember 6,25, per Dezember-Januar 6,23, per Januar-Februar 6,23, per Februar-März 6,24.

Metalle.

— **Amsterdam**, 6. Mai. Bancazinn flau, loko 92½.

— **London**, 6. Mai. Blei, span., 18⅝ Lstrl., engl. 18¾ Lstrl., Zinn 151¼ Lstrl., Zink 22¼ Lstrl., Chili-Kupfer 63¼ Lstrl., 3 Monate 63½ Lstrl.

— **Glasgow**, 6. Mai. (Schlußbericht.) Roheisen fletig. Middlesbrough Warrants per Kassa 51 sh. 3½ d.

Neueste Handels-Depeschen.

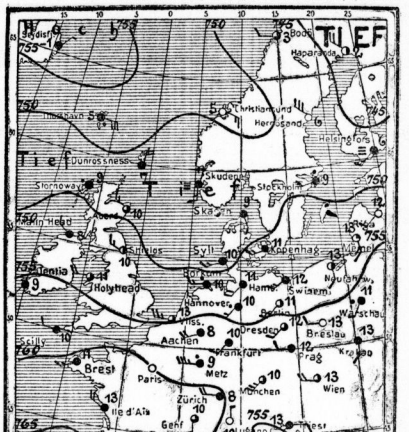
W. New-York, 6. Mai. Roter Winter-Weizen loko 104⅝, per Dezbr. —.—, per Mai 102¼, per Juli 94⅝, per Sept. 92⅝, Mais per Mai —.—, per Juli —.—, per Sept. —.—. Mehl 3,85 Getreidefracht nach Liverpool 1¼.

W. Chicago, 6. Mai. Weizen per Mai 93⅝, per Juli 85⅝, per Sept. 84⅝. Mais per Mai 66½, per Juli 66¼, per Sept. 65½.

W. New-York, 6. Mai. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia —.—, do. in Refined Caies 11,25, do. Credit Balances at Oil City 2,00. Kupfer 13,37—13,87.

W. New-York, 6. Mai. Schmalz Westernsteam 10,45, Rohe und Brothers 10,60.

Bericht der öffentlichen Wetterdienststelle.



Erklärung: Die Linien auf der Karte (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Barometerstande. Die Zahlen geben die Temperaturen in Celsiusgraden, die Pfeile die Windrichtung und die Befiederung die Windstärke an.

Witterungsübersicht.

Die gestern früh auf dem Nordmeere und westlich von Schottland befindliche barometrische Minima sind nordostwärts weitergezogen, nehmen aber mit ihren Gebieten noch den größeren Teil von Nord- und Mitteleuropa ein. Bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden haben sich demgemäß während der letzten 24 Stunden die Regenfälle, zum Teil in Begleitung von Gewittern, in allen Gegenden Deutschlands wiederholt. Dazwischen klärte sich das Wetter bisweilen auf und heute früh ist es im Osten wieder vielfach heiter, im Westen aber trübe und regnerisch. Ueberall ist etwas Abkühlung eingetreten. Aachen hat am Morgen nur noch 8 Grad Celsius.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

Straußfurt 5. Mai + 1,20, 6. Mai + 1,20, Grochlitz + 0,92, + 0,93, Nebra Oberp. + 2,12, + 2,12, Unstp. + 1,46, + 1,46, Bruckenp. —.—, —.—, Kösen 0,60, + 0,60, Weißenfels Unstp. + 0,12, + 0,14, Trotha + 1,70, + 1,66, Alsleben + 1,21, + 1,14, Bernburg + 0,86 + 0,83, Calbe Oberp. + 1,47, + 1,85, Unstp. + 0,50, + 0,46, Grizehne + 0,61, + 0,54.

Verantwortlich:

für Politik: Rechtsanwalt Dr. Strasser; für Deutsches Reich, Ausland und Vermischtes: M. Ebeling; für Oertliches, Gerichtssaal, Kunst und Kongresse: H. Mieschner; für Provinz, Handel, Feuilleton und Allgemeines: G. P. Kohlmann; für den Anzeigenteil: P. Kersten; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle (Saale).

Sprechstunden für Politik und Theater von 10 bis 11 Uhr, für alle übrigen Abteilungen von 8 bis 1 Uhr vormittags.

Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich oder an die Expedition bezw. den Verlag, sondern lediglich an die „Redaktion der Hallescher Zeitung in Halle (Saale)" zu richten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191405072-18/fragment/page=0003

Berliner Börse, 6. Mai 1914.

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: J 1.Jan. | 1.Apr. | 7.Juli | 1.Okt. | a 1.1.7. | d 1.4.10. | j 15.3.9. | k 15.6.12. | q quartallich 1.4.7.10. | 31.5. | 1.Nov. | 1.Mai | 1.Aug. | N 1.Nov. | b 1.2.8. | 1.5.11. | 15.4.10. | 1.7.10. | 1.10.10. | 1.2.5.11. | 1.8.11. | 1.Mai | 1.Juli | 1.Sept. | D 1.Dez. | e 1.3.9. | f 1.6.12. | g 15.5.11. | o versch. | 2a 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85, — 7 fl. südd.: 12 — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,125. — 1 Rbl.: 2,16 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 5% Lombardzinsfuß 6% Privatdiskont 2⅝%

Nachdruck verboten.

| | | |

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 6. Mai 1914.

Am Bundesratstisch: Kriegsminister v. Falkenhayn, Wahnschaffe und viele militärische Kommissare.

Präsident **Dr. Kaempf** eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Die zweite Lesung des

Militäretats

wurde fortgesetzt.

Abg. **Rogalla v. Bieberstein** (Kons.): Die Rede des sozialdemokratischen Abg. Schulz war gestern nicht geeignet, das Ansehn des Heeres zu fördern. Er hat sich dabei mit den Reden der Kommandierenden Generale in Danzig und Frankfurt beschäftigt und gesagt, die Rede des Generals v. Schenck in Frankfurt sei besonders zu kritisieren, weil dieser gewissermaßen Gast der Sozialdemokraten gewesen sei. Das ist eine kolossale Anmaßung. (Der **Präsident** rügte diesen Ausdruck.) Nach unserer Meinung hat das Militär die genügende Fühlung mit dem Volke. Unter dem Schutze der Armee hat unser gesamtes Kultur- und Erwerbsleben sich in ungeahnter Weise gehoben. (Sehr richtig!) Mit Stolz sehen wir auf die

glatte Durchführung unserer Wehrvorlage,

die zum Staunen der ganzen Welt vor sich gegangen ist. Wir erkennen die Tätigkeit des Kriegsministers auf diesem Gebiete voll und ganz an und bringen ihm unseren Dank zum Ausdruck. (Bravo!) Dieser Dank gebührt auch dem bisherigen Vertreter des Pressereferats, das ja vielleicht gestrichen wird. Die Mißhandlungen in der Armee beurteilen wir genau so wie Sie (nach links); daß sie ganz beseitigt werden können, glauben wir nicht, dafür sind die Soldaten auch nur Menschen. Wir wünschen, daß die Sparsamkeit im Etat weiter beibehalten wird. Wir freuen uns, daß der Train weiter gehoben wird. Die Einsetzung eines Etatstitels zur Förderung des Sports in der Armee begrüßen wir sehr, nur scheint uns der Betrag etwas reichlich gering. Für die Zivilversorgung der Unteroffiziere muß in weitestem Maße gesorgt und die Dienstprämie verzinst werden. Die Erhöhung des Beköstigungsgeldes für Mannschaften von 16 auf 19 Pfennige begrüßen wir. In Bezug auf die Reservistenübungen ist dem Wunsche des Reichstages, die Saat- und Erntezeit davon freizulassen, voll Rechnung getragen worden. Wir wünschen, daß die Vergütungssätze für Vorspannleistungen, die zu niedrig sind, erhöht werden, ebenso müssen die Einkleidungssätze für Offiziere erhöht werden. Die soziale Gleichstellung des Sanitätsoffizierkorps mit den Offizieren ist nötig. Außerordentlich praktisch ist die Einrichtung eines Unterrichtskurses für Geländeritte. Deutschland ist stets in der Lage, den

vollen Bedarf an Militärpferden

zu decken. Wir haben den lebhaften Wunsch, daß in der jetzt außerordentlich verstärkten Armee die alten Traditionen aufrechterhalten bleiben und der Geist der Treue bis in den Tod gegen den obersten Kriegsherrn, Vaterland und Volk immer maßgebend ist. Dann werden wir die Stellung in der Welt einnehmen, die uns gebührt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Dr. Müller**-Meiningen (Fortschr. Vpt.): Auch wir begrüßen es, daß unsere Besorgnisse hinsichtlich der Musterungsverhältnisse unbegründet gewesen sind, die wir beim Vorbringen der neuen Wehrvorlage geäußert hatten. Große Mißstände haben aber beim Musterungsgeschäft bestanden; so soll in einem Kreis die Musterung nach Religionen und Konfessionen stattgefunden haben. Wenn der Kriegsminister erklärte, daß die Fehlstellen im Offizierkorps in zwei Jahren ausgefüllt sein würden, so frage ich ihn, ob dies auch für das Sanitätsoffizierkorps gilt. Dem Dank an die Verwaltung für die prompte Durchführung der Heeresvorlage schließen wir uns an. Der

größte Dank gebührt dem deutschen Volke,

das die Lasten dieser Vorlage mit so seltener Opferwilligkeit auf sich genommen hat. (Sehr richtig!) Es scheint, als ob in der Jetztzeit nicht das Volk, nicht die Fürsten die größten Feinde des Friedens sind, sondern manche pensionierte Generale und die hinter ihnen stehende Rüstungsindustrie, die das Volk in die größten Abenteuer hineintreiben wollen. Wir wünschen, daß die Regierung diesen Kriegstreibern energisch entgegentritt. Zu bedauern ist, daß den Offizieren die Preßfreiheit in einer geradezu verfassungswidrigen Weise beschränkt wird; wer kritisieren will, muß schweigen; nur diejenigen dürfen für die Presse schreiben, die immer höhere Forderungen stellen. In Verbindung mit der deutschen Turnerschaft muß der Kriegsminister die Erstarkung des Volkes anstreben. Gerade vom Standpunkt einer zielbewußten Bekämpfung der Sozialdemokratie ist der Fall Walter Stöcker zu bedauern. Es ist die größte politische Torheit, politische Märtyrer zu züchten. Graf York v. Wartenburg hat in seiner Herrenhausrede einen an Verfolgungswahn grenzenden Partikularismus verraten, der lächerlich wäre, wenn er nicht so gefährlich wäre. Diese Herren mit ihren militärischen Gintermännern arbeiten auf einen

großen Verfassungskonflikt

hin. (Sehr gut!) Interessant war, was Graf York alles als Eingriff in die Oberbefehlsrechte des Kaisers ansah. Wir haben volles Recht, uns um die Behandlung der Soldaten zu kümmern, wir sind nicht nur dazu da, automatisch die Gelder zu bewilligen. Auch Herr Erzberger wird nicht leugnen können, daß die Behandlung unserer Resolutionen eine an Grobheit grenzende Harmlosigkeit darstellt. (Heiterkeit.) Die Beseitigung des strengen Arrestes ist eine außerordentlich dringliche Forderung. Nach der Antwort der Regierung gibt es keinen Luxus in der Armee. Woher kommt sonst die Bewucherung der Offiziere? Die Antwort, daß es keine Zurücksetzung von Offizieren wegen ihrer religiösen Anschauung oder ihrer Geburt gäbe, ist geradezu eine

Verhöhnung des Parlaments.

Bei der Kommandierung zur Kriegsakademie werden die Garderegimenter ungeheuer bevorzugt, zwei Garderegimenter haben ebensoviel Kriegsakademiker wie 55 andere Regimenter zusammen. (Hört! hört!) Die ganze Presse ist sich darüber einig, daß die Zurückstellung der bürgerlichen Elemente im Offizierkorps das schwerste Unrecht war. Das jetzige Ehrengericht ist ein Hohn auf das moderne Recht, hier sind Reformen dringend nötig. Dasselbe gilt für das Beschwerderecht. Bedauerliche Tatsache scheint es zu sein, daß die

grausamen Soldatenmißhandlungen

eher zu- als abnehmen. Die preußische Militärverwaltung sollte sich den bayerischen Erlaß gegen die Mißhandlungen zum Vorbild nehmen. An der Zabernaffäre ist das Bedauerlichste, daß eine Massensuggestion einsetzte und sich ein großer Mangel an staatsbürgerlichem Selbstbewußtsein zeigte. Der Reichstag hat damals nur das klarste Recht des deutschen Bürgertums geschützt. In der neuen Verordnung über den Waffengebrauch ist die subjektive Willkür — wie im Zabernerfall — nach dem Wortlaut ausgeschlossen. Allerdings muß diese Frage noch im Wege der Gesetzgebung geregelt werden. Da möchte ich anfragen, ob noch ein Geheimerlaß, der geheimer ist als alle anderen Geheimerlasse (Heiterkeit), für die Unterdrückung örtlicher Unruhen besteht. (Der Kriegsminister zuckt die Achseln. Heiterkeit.) Der Träger der obersten Kommandogewalt darf nicht außerhalb und über das Gesetz gestellt werden. Damit hängt die ungeheure Gewalt des Militärkabinetts zusammen, das das Budgetrecht des Reichstags nicht achtet. Die jetzige Stellung des Militärkabinetts, das früher nur ein Sekretariat war, ist verfassungswidrig. Die Kernfrage ist, ob die Armee ein Teil unseres ganzen Staatslebens sein soll oder ein Staat im Staate. Die

Kluft zwischen Armee und Volk

besteht noch, unsere Aufgabe ist es, die Armee den modernen Anschauungen anzupassen, und dazu müssen zunächst die Beschlüsse des Reichstages respektiert werden. (Beifall links.)

Abg. **Dr. Hegenscheidt** (Rpt.): Auch wir sprechen dem Kriegsminister Dank und Anerkennung für die großartige Durchführung der Wehrvorlage aus. Diese ganze Leistung beweist die hervorragende finanzielle Kriegsbereitschaft des deutschen Volkes. Bis zu einem gewissen Grade ist es auch erfreulicherweise erreicht worden, die kleineren Städte mit Garnisonen zu belegen. Man hat die politisierenden Generale als Kriegshetzer herunterzusetzen gesucht. Ohne mich mit ihnen zu identifizieren, muß doch gesagt werden, daß gerade diese Herren für die Aufklärung sehr viel tun. Auch Dr. Müller-Meiningen könnte von ihnen lernen. Die Wehrvorlage bedeutet einen ganz gewaltigen Fortschritt, sie erreicht aber immer noch nicht, daß jeder junge Mann, der ein Recht darauf hat, seinem Vaterland zu dienen, dieses Ziel auch wirklich erreicht. Die

Verkümmerung der allgemeinen Wehrpflicht

ist ein schweres Unrecht, da im Ernstfall an Stelle der jungen, volltauglichen Männer Reservisten, Familienväter, mit in den Krieg ziehen müssen. An dem Palladium der kaiserlichen Kommandogewalt müssen wir festhalten. Nur eine starke monarchische Gewalt kann das Heer auf der Höhe objektiver treuer Pflichterfüllung halten. Die Disziplin ist das eiserne Rückgrat unseres Heeres. In den Soldaten muß das Gefühl der Ehre lebendig erhalten bleiben. Darum sind wir gegen alle Soldatenmißhandlungen, die erfreulicherweise immer mehr abnehmen. Für die alten Soldaten: Offiziere, Unteroffiziere, Militäranwärter und Veteranen muß kräftigst gesorgt werden. Der Kriegsminister muß sein besonderes Augenmerk unserer Jugendbewegung zuwenden; darin liegt die Zukunft unseres Volkes. (Beifall rechts.)

Abg. **Werner**-Gersfeld (Wirtsch. Vgg.): Daß die Aushebung in einem Kreise nach Konfessionen vorgenommen worden sei, ist nicht denkbar, sie erfolgt immer nach dem Alphabet, es müßte hier ein eigenartiger Zufall obwalten. Dr. Müller-Meiningen wünscht, daß Juden in das Offizierkorps hineinkommen. Im allgemeinen werden sie wenig Lust dazu haben, da es andere Berufe gibt, die mehr einbringen. Der Kriegsminister ist überhaupt nicht in der Lage, Änderungen hierin zu treffen, das ist Sache des Offizierkorps selbst. Das Rückgrat der Armee ist unzweifelhaft das Unteroffizierkorps, für dessen Angehörige besser als bisher gesorgt werden muß. Durch Schaffung gehobener Unteroffizierstellen, z. B. Feldwebelleutnants, muß den Unteroffizieren die Gelegenheit gegeben werden, länger bei der Truppe zu bleiben. Bei den Heereslieferungen müssen Auswüchse im Submissionswesen energisch bekämpft werden. Auf unser Heer können wir stolz sein, es bestärkt uns in unserem Bewußtsein: Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf dieser Welt! (Bravo! rechts.)

Kriegsmininister v. Falkenhayn:

Ob es mir gelingen wird, alle vorgebrachten Fragen schon heute restlos zu erledigen, will mir zweifelhaft erscheinen. Von den verschiedensten Seiten ist mir hier dringend ans Herz gelgt worden, die im Heere leider immer noch vorkommenden

Mißhandlungen Untergebener durch Vorgesetzte oder ältere Kameraden

einzudämmen. Dabei hat der Redner der sozialdemokratischen Partei gemeint, er sei begierig zu erfahren, wie ich mich zu der Erklärung des Generals v. Einem, in der dieser seinen Abscheu gegenüber den systematischen Soldatenmißhandlungen zum Ausdruck bringt, verhalten würde. Ich könnte eine solche Frage als eine schwere Beleidigung betrachten (Zustimmung rechts), denn in ihr liegt doch die Supposition verborgen, daß ich mich möglicherweise auch anders zu dieser Frage stellen und möglicherweise versuchen könnte, derartige Soldatenquälereien zu beschönigen oder zu entschuldigen. Nicht nur in meiner Brust, sondern in derjenigen jedes, der in der Armee an irgend einer verantwortlichen Stelle steht,

lebt der Abscheu gegen diese Vergehen

(Lebhafte Zustimmung), und wir alle sind bemüht, diese Vergehen, soweit es in unseren Kräften steht, einzudämmen. (Wiederholter Beifall.) Eine ähnliche Verfügung wie die meines bayerischen Kollegen ist von allen Generalkommandos des öfteren ergangen. Sollte jemand anderer Ansicht sein, so irrt er. Der Kampf gegen systematische Mißhandlungen wird in der ganzen Armee unaufhörlich geführt; erst am Neujahrstage hat der Kaiser den Kommandierenden Generalen in ernstester Weise wieder vor Augen geführt, wie nötig es sei, in diesem Kampfe nicht nachzulassen. (Lebhaftes Hört! hört!) Wenn in diesem Kampf noch kein voller Erfolg zu verzeichnen ist, so liegt das daran, daß wir es nicht mit einer spezifisch militärischen Eigenschaft, sondern mit allgemeinmenschlichen Schwächen zu tun haben. Es ist also nicht richtig, die vorgesetzten Stellen allein dafür verantwortlich zu machen. Es ist auch nicht der Fall, daß in letzter Zeit sich die Fälle von Mißhandlungen gehäuft hätten. Es sind zwar einzelne besonders krasse, empörende Fälle vorgekommen, aber der Eindruck der Häufung beruht nur auf der Agitation, die mit jedem einzelnen Fall getrieben wird. Wie man dabei vorgeht, zeigt das offizielle Organ der Sozialdemokratie, der Vorwärts, der vor kurzem in einem Artikel 7 Mißhandlungsfälle von Offizieren aufführte, die sich in fünfviertel Jahren ereignet hatten. An demselben Tage erhielt ich eine Zusammenstellung, worin die Namen der Offiziere, die sich als Lebensretter betätigt haben, aufgeführt sind. Da fand ich im 1. Vierteljahr 1914: 9 Offiziere. Diese 9 Fälle eines Vierteljahres erwähnt der Vorwärts aber nicht. Das zeigt, daß es denjenigen, die derartiges veröffentlichen, auf nichts ankommt als auf Verhetzung. (Sehr wahr! rechts, große Unruhe b. d. Soz.). Würden sie dies veröffentlichen, dann würden ihre Leser dahinter kommen, daß es im Heer, wie im Volk, Licht und Schatten gibt. Wir werden in der Bestrebungen, den systematischen Mißhandlungen in der Armee entgegenzuwirken, nicht nachlassen. (Bravo! rechts.) Die frühere

Vorschrift über den Waffengebrauch

auf Grund einer nahezu 100 Jahre alten Kabinettsorder hat bis vor kurzem keinen einzigen Fall gezeitigt, der zu Ausstellungen Anlaß gab. Das ist allerdings zum Teil auch Verdienst der Zivilbehörden und der Bevölkerung. Dieses Verdienst beruhte auf dem Ordnungssinn in Preußen und späterhin auf dem Gefühl unbedingter Zusammengehörigkeit zwischen dem deutschen Volk und dem deutschen Volksheer. (Zustimmung rechts.) Aber heutzutage genügt der Welt nicht, daß eine Bestimmung sich bewährt, sie soll allen theoretisch konstruierten Fällen angemessen sein. Ein praktischer Mangel hat sich aber bei der Vorschrift herausgestellt, ob sie auch in den Reichslanden gültig sei. Infolgedessen hat der Kaiser aufgrund des ihm ausschließlich zustehenden Rechts diese Vorschrift neu bearbeiten lassen. Die neue Vorschrift ist nichts weiter als eine Zusammenstellung allgemein anerkannter Rechtsnormen zum Zweck der Instruktion der Militärbefehlshaber, sie hat Geltung für die in Preußen und die unter preußischer Verwaltung stehenden Kontingente. Einige Bundesstaaten haben die Vorschrift so angenommen wie wir, andere haben noch ihre eigenen Zusätze zugefügt. Der erste Teil der Bestimmung enthält lediglich die Folgerungen aus den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Im zweiten Teil wird gesagt, daß ein militärisches Eingreifen nur zu erfolgen hat, wenn — sofern nicht der Belagerungszustand besteht — auf Aufforderung der Zivilgewalt. Die Grenzen sind genau abgesteckt. Solange die Zivilbehörden nicht versagen, steht ihm allein die Macht zu. Es ist Sache der einzelnen Militärbefehlshaber, in jedem Einzelfalle zu entscheiden, ob die Bedingungen vorlingen oder nicht. Sie haben ihre Entschließungen vor dem König und Gesetz zu verteidigen. Sie werden ihre Entschließung abwägen nach dem, was zum Heile und inneren Friede nötig ist. Zum

Wehrverein

haben wir keinerlei Beziehung, wir sind für ihn nicht verantwortlich zu machen, auf ihre Unabhängigkeit sind diese Herren besonders stolz, so daß sie eine Einmischung in ihre Geschäfte ablehnen würden. Zu einer feindlichen Haltung dem Wehrverein gegenüber hatten wir keine Ursache, da sich unsere Forderungen zufällig decken. Die alten Kameraden gesellschaftlich oder kameradschaftlich zu boykottieren, hatten wir keinen Anlaß. Wer das fordert, weiß nicht, wie stark die Bande (große Heiterkeit) sind, die uns umschließen, die Bande der Treue und Dankbarkeit für das, was die Alten für uns geleistet haben. (Beifall.) Wir sind auf dem besten Wege, in der Sparsamkeit weitere Fortschritte zu machen. Die Studiumszeit den

Sanitätsoffizieren

anzurechnen, ist leider nicht möglich, es wird ihnen aber anderweitig geholfen werden. Eine soziale Hebung der Sanitätsoffiziere ist nicht mehr möglich; wenn sie von den Kasino fernbleiben, so liegt das an den Wünschen der Sanitätsoffiziere selbst. Die Unteroffiziere werden nach Möglichkeit eigene Stuben erhalten, in den neuen Kasernen geschieht es durchweg und in den alten werden diese Stuben nach und nach durch Anbauten geschaffen werden. Der Wunsch des Abg. Bassermann, daß das Pressereferat — besser Nachrichtensammel- und Nachrichtenverteilungsstelle — erhalten bleibe, kann ich mich nur anschließen. (Gr. Heiterkeit). So lange ich Kriegsminister sein werde (Zuruf bei den Soz.: wie lange noch?) Das weiß ich nicht (Heiterkeit), so lange wird diese Stelle nicht zu Parteizwecken verwendet werden. Auch die Sozialdemokraten sollten nicht mit Hohn über die Offizierversorgungsstelle sprechen, es handelt sich lediglich darum, die Offiziere vor dem Fluch der Untätigkeit zu schützen. (Bravo!) Daß polnische Rekruten wegen ihrer Nationalität schlecht behandelt würden, ist nicht anzunehmen. Die Nachricht von der konfessionellen Teilung der Musterung ist gar zu abenteuerlich. Es ist unrichtig, daß wir die Resolutionen bringend erbeten hätten, die Achtung vor dem Recht des Parlaments ist in der Militärverwaltung sehr lebendig (Lachen.) Die

Einberufung zur Kriegsakademie

erfolgt auf Grund von Arbeiten unter Chiffre. Da zeigt sich, daß in der Garde von je her der Zug zur wissenschaftlichen Ausbildung besonders ausgeprägt ist. (Schallende Heiterkeit.) Daß die Ehrengerichtsordnung ein Hohn auf die Gerechtigkeit ist, darf man nicht sagen, da es sich um eine bestehende Ordnung handelt (Lachen links, Abg. Ledebour ruft: Feste druff! Gr. Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie sorgt nach einer Parteiverordnung dafür, daß die jungen Leute mit Ekel und Abscheu in das Heer eintreten und für Desorganisation des Heeres sorgen. (Lebh. hört, hört!) Ist das kein Haß? Hierin ist auch die Erklärung für den Fall Stöcker zu suchen. (Große Unruhe.) Die Einjährig-Freiwilligen sollen uns die Führer bieten und da müssen wir dafür sorgen, daß keine Agitatoren in diese Stellungen kommen. Für die Antwort auf die kurze Anfrage betr. die

Straßburger Vorkommnisse

bin allein ich verantwortlich. Die Vorwürfe bitte ich an mich zu richten. (Große Unruhe.) Unser Heer ist ein nationales Heer, das auf der Monarchie aufgebaut ist. (Lärm bei den Soz.) In diesem Sinne ist es ein Volksheer.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuß vor den Kursen angegeben. Sämtliche Industrie-, Bank- und Bahn-Aktien werden franko Zinsen gehandelt. Der Dividendenschein wird erst nach der Generalversammlung getrennt. Unverzinsliche Loospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genußscheine werden ebenfalls frei von Zinsen in Mark pro Stück, notierende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191405072-18/fragment/page=0005

(Unruhe bei den Soz.) Sie können sich nicht wundern, wenn ich dies aussprechen, während Sie agitieren und hetzen (Lärm bei den Soz.) — natürlich außerhalb des Hauses. (Große Heiterkeit.) Auch das künftige Heer, ob die Soldaten aus sozialdemokratischen oder bürgerlichen Familien kommen, wird seine Pflicht tun, wie 1870/71. Wenn das nicht wahr wäre — verzeihen Sie mir das Wort — kann mir die ganze Kultur gestohlen bleiben. (Schallende Heiterkeit.) Auch unsere Söhne werden die gleiche deutsche Mannhaftigkeit beweisen. (Lebhaftes Bravo!) Von einem Widerstreit zwischen dem

Militärkabinett und dem Kriegsminister

habe ich nichts bemerkt. Über dem Kriegsminister steht der König von Preußen, der die bei der Errichtung des Militärkabinetts gegebenen Bestimmungen, daß an der Stellung des Kriegsministers nichts geändert werden soll, unberührt gelassen hat. Eine Gefahr der Verschiebung der bestehenden Verhältnisse ist nicht zu befürchten. Das Militärkabinett arbeitet lediglich nach den Weisungen des Königs und ist den gesetzgebenden Körperschaften nicht verantwortlich. Ein Zusammenschließen des Militärkabinetts mit dem Kriegsministerium würde eine Änderung der Verfassungen im Reich und Preußen nötig machen. Unser Heer ist der sichere Hort des Friedens nach außen und nach innen. Es wäre Verblendung, wenn man nach allem, was in der Welt vorgeht, daran denken wollte, an diesem Grundpfeiler zu rütteln. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Haegy (Elsässer): Bei Spionagefällen hat sich die elsaß-lothringische Bevölkerung stets als zuverlässig erwiesen. In Zabern ist zu erwarten, daß Militär und Bevölkerung sich künftig gut verstehen werden. Die neue Verordnung über den Waffengebrauch rechtfertigt gewissermaßen das Verhalten der Zaberner Bevölkerung. Die Regimentsbureaus müssen offenheraiger der Lokalpresse Auskunft geben. Sie kommt sonst leicht in den Verdacht der Vertuschung.

General **Freiherr Langermann von Erlencamp**: Für die Seelsorge der polnischsprechenden Soldaten ist genügend gesorgt. In welcher Sprache die Leute beichten wollen, steht ihnen frei. Wir haben ein erstklassiges Unteroffizierkorps, und es ist natürlich, daß in ausreichendem Maße seine Zivilversorgung sichergestellt werden muß. (Beifall.)

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird vertagt.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr: Initiativantrag Speck betr. Aufwandsentschädigungen für soldatenreiche Familien, Besoldungsnovelle.

Schluß ¼8 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 6. Mai 1914.

Am Ministertische: Dr. von Trott zu Solz.

Präsident **Dr. Graf von Schwerin-Löwitz** eröffnete die Sitzung um 11¼ Uhr.

Die zweite Beratung des

Kultusetats

wurde beim Abschnitt

Höhere Lehranstalten

fortgesetzt.

Abg. **Lippmann** (Fortschr. Vpt.) begründete den Antrag der Abgg. **Aronsohn** und Gen. auf Vorlegung eines Gesetzes zur Regelung des Privatschulwesens. Er führte aus: Die Privatschulen haben den Vorzug, daß sie ein näheres Zusammenarbeiten von Lehrern und Eltern ermöglichen. Gerade bei Mädchenschulen ist eine solche innige Fühlungnahme zwischen Eltern und Lehrern ungemein wichtig. Die Privatschule ist eine der Mittel, das Volk zur Freiheit zu erziehen. Es ist bezeichnend, daß zur Zeit der Erhebung Preußens im Anfang des vorigen Jahrhunderts die Privatschule freigegeben, d. h. von staatlichen Fesseln befreit worden ist. Nach der Verfassung ist die Wissenschaft und ihre Lehre frei. Damit steht im Widerspruch, daß die politische und religiöse Zuverlässigkeit der Leiter der Privatschulen einer staatlichen Bevormundung unterworfen wird.

Kultusminister Dr. von Trott zu Solz: Die Behauptung des Vorredners, daß das Verhalten der Regierung gegenüber den Privatschulen mit der Verfassung in Widerspruch stehe, ist völlig falsch. Die Rechtslage der Privatschulen beruht auf einer Allerhöchsten Kabinettsorder, die heute noch Gesetzeskraft hat. Auch das Reichsgericht hat entschieden, daß die Rechtslage der Privatschulen eine verfassungsmäßig zutreffende ist. Das Erwerbsinteresse der Leiter von Privatschulen muß hinter den Interessen des Unterrichts zurücktreten. Es ist angezeigt, daß wir ein wachsames Auge auf das Privatunterrichtswesen haben, da sich Elemente hineinzudrängen versuchen, die durchaus nicht die Eigenschaft haben, unsere Jugend zu erziehen. Daher ist es eine Staatsnotwendigkeit, die nötigen Machtmittel in der Hand zu haben. Daran wird die Staatsregierung unter allen Umständen festhalten. Die Schaffung einer Rechtskontrolle habe ich bereits zugesagt. Es wird auf die Materie näher eingegangen werden können, wenn der Gesetzentwurf zur Beratung vorliegt. (Beifall.)

Abg. **Dr. Wagner** (Freikons.): Eine gesetzliche Regelung des Privatschulwesens würde großen Schwierigkeiten begegnen. Jedoch sind auch wir der Ansicht, daß die Wünsche des Privatschulwesens möglichst berücksichtigt werden sollen.

Abg. **Ernst** (Fortschr. Vpt.): Wir müssen unbedingt den Privatschulen eine größere Bewegungsfreiheit gewähren. Man kann nicht sagen, daß bei den Leitern und Leiterinnen der Privatschulen das Erwerbsinteresse überwiegt.

Abg. **Dr. Kaufmann** (Zentr.): Wir sind ganz entschieden gegen eine Uniformierung unserer Privatschulen. Wir sind überzeugt, daß die Privatschulen ganz ausgezeichnete Resultate erzielen.

Abg. **Eickhoff** (Fortschr. Vpt.): Die privaten Realschulen sollten bezüglich ihrer Abgangszeugnisse den öffentlichen gleichgestellt werden.

Abg. **Lippmann** (Fortschr. Vpt.): In der Verfassung ist bereits 1849 die gesetzliche Regelung des Privatschulwesens versprochen worden.

Kultusminister Dr. v. Trott zu Solz: Nach dem Gesetz von 1872 steht die Aufsicht über die öffentlichen und privaten Erziehungsanstalten dem Staate zu. Es liegt also eine teilweise gesetzliche Regelung des privaten Unterrichtswesens bereits vor. Im übrigen bin ich bereit, die Privatschulen nach Möglichkeit zu unterstützen.

Der Antrag wurde der Unterrichtskommission überwiesen. Damit war der Abschnitt Höhere Lehranstalten erledigt. Es folgte die Debatte über das

Elementarunterrichtswesen.

Zur Frage der Schullasten ersuchte die Budgetkommission in einer Resolution die Regierung, einen Gesetzentwurf zur Beseitigung der Ungleichmäßigkeit der Schullasten vorzulegen, bei der Vorbereitung dieser Vorlage die Befreiung der Schulverbände von der Aufbringung der persönlichen Volksschullasten in Erwägung zu ziehen und hierbei auf die Ungleichheiten im Lehrerbesoldungswesen Bedacht zu nehmen, sowie möglichst noch in diesem Jahre eine Denkschrift über die Höhe der Schullasten und der sonstigen Kommunallasten und die Möglichkeit der Abhilfe vorzulegen.

Abg. **Freiherr von Zedlitz** (Freikons.): Mit Rücksicht auf die Resolution der Kommission ziehe ich meinen Antrag auf Übertragung der persönlichen Volksschullasten auf breitere Schultern zurück.

Abg. **Graf von der Goeben** (Kons.): Die ganz ungeheure Überlastung der Kommunen, namentlich der ärmeren, mit Schullasten bildet einen wunden Punkt in unserem Staatsleben. Die Regierung muß auf Mittel bedacht sein, diesen Übelständen zu begegnen. Andererseits müssen wir uns aber auch der Lehrer annehmen und dürfen vor großen Kosten dafür nicht zurückschrecken. Der Resolution der Kommission stimmen wir zu.

Abg. **Dr. Glattfelder** (Ztr.): Wir fordern, daß die Staatszuschüsse zugunsten leistungsschwacher Gemeinden erhöht werden. Trotz der staatlichen Zuschüsse muß der kommunale Charakter der Volksschule gewahrt bleiben. Wir müssen einen Weg finden, um einerseits die Gemeinden zu entlasten und andererseits die Lehrer so zu besolden, daß ihnen die Freudigkeit an ihrem schönen Beruf erhalten bleibt.

Abg. **Dr. von Campe** (Natl.): Ein Ausgleich der Schullasten ist mit Rücksicht auf die ärmeren Gemeinden unbedingt erforderlich. Wenn der Staat den kommunalen Instanzen die Schulverwaltung überträgt, so folgt daraus nicht, daß die Kommunen ausschließlich die Kosten zu tragen haben, und wenn der Staat mit größeren Mitteln eingreift, so darf dadurch der kommunale Charakter der Schule nicht angetastet werden. Der Weg, den die Kommission eingeschlagen hat, nach dem die persönlichen Schullasten auf den Staat übertragen werden sollen, darf nicht die Konsequenz haben, daß die Lehrer Staatsbeamte werden. Durch die Regelung, wie sie die Kommission vorschlägt, ist die Möglichkeit gegeben, der Gleichstellung der Lehrer in Stadt und Land näherzutreten. Auch die Ortszulagen könnten in Fortfall kommen. Wir müssen jetzt etwas Ganzes schaffen, damit die Angelegenheit endlich einmal dem Streit der Parteien entrückt wird und wieder Ruhe und Zufriedenheit in die Kommunen kommt.

Abg. **Freiherr von Zedlitz** (Freikons.): Sowohl Lehrer wie Schüler leiden unter der ungleichmäßigen Verteilung der Schullasten. Die Überfüllung der Schulklassen wird nicht aufhören, solange die ärmeren Schulverbände mit Schullasten überbürdet sind. Wir bitten um Annahme unseres Antrages, wonach leistungsschwachen Schulverbänden Ergänzungszuschüsse gewährt werden können. Wir müssen einen Weg finden, um auf lange Jahre hinaus in der Lehrerbesoldungsfrage zu befriedigenden Resultaten zu kommen.

Kultusminister Dr. von Trott zu Solz: Es ist die übereinstimmende Ansicht der Regierung und des Hauses, daß eine Lösung gefunden werden müsse, wie der übermäßigen Belastung einzelner Kommunen entgegengewirkt werden könne. Eine eingehende Prüfung der einschlägigen Verhältnisse hat ergeben, daß es namentlich darauf ankommt, einen Ausgleich der Schullasten herbeizuführen. Ich kann aber irgend eine bestimmte Stellungnahme meinerseits noch nicht angeben, da die Verhandlungen der Regierung noch nicht soweit gekommen sind. Ich werde die Angelegenheit nicht auf die lange Bank schieben, bitte aber, uns, wenn wir gründliche Arbeit leisten sollen, Zeit zu lassen. Wir werden die Verhandlungen nach Kräften fördern und hoffen, mit dem Hause zu einer befriedigenden Lösung zu kommen. Ich halte es für zweckdienlich, auf sachlichem Boden zu beraten und alle parteipolitischen Momente aus dem Spiele zu lassen. (Beifall.)

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Schluß 4¾ Uhr.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Der neue Ministerpräsident in Koburg-Gotha.

Wie wir bereits mitteilen konnten, hat sich der Herzog doch, entgegen den Wünschen der Landtage von Gotha und Koburg, entschlossen, dem Entlassungsgesuch des Ministerpräsidenten von Richter Folge zu geben. Zu seinem Nachfolger hat er einen Verwandten des Hofkammerpräsidenten von Bassewitz, den bisherigen Staatsrat Berthold von Bassewitz, ernannt.

Hans Berthold von Bassewitz wurde am 11. August 1867 in Gotha geboren, als Sohn des bei Sedan gefallenen Oberstleutnants von Bassewitz und seiner Mutter, Silvie geb. Freiin von Wangenheim. Nach Besuch des Gymnasiums in Gotha und Absolvierung der Universitätsstudien trat er nach preußischem juristischer Vorbereitungsdienst in die Koburg-Gothaische Verwaltung. Im Jahre 1896 war er als Assessor beim Landratsamt Koburg, 1898 als Hilfsarbeiter im Staatsministerium beschäftigt; 1901 ist er zum Regierungsrat und 1905 zum Landrat und Kammerherrn des Herzogs von Sachsen-Koburg und Gotha aufgerückt. 1911 erfolgte seine Ernennung zum Staatsrat. Vermählt ist er seit dem 20. April 1897 mit Maxa, Tochter des Admirals Freiherrn von der Goltz.

Schlußtag des 25. Provinzial-Missionsfestes.

Zerbst, 6. Mai.

Der gestrige dritte und letzte Tag des sächsisch-anhaltischen Provinzialmissionsfestes wurde eingeleitet durch die Missionsvorträge in den Schulen unserer Stadt. Um 10 Uhr vormittags begann dann die öffentliche Hauptversammlung, die von über 500 Personen besucht war. Nach gemeinsamem Choral und biblischer Ansprache des Herrn Pastor Finger-Dessau, in welcher dieser ein Bild der freudigen Entwicklung der Mission in den letzten 25 Jahren gab und zu reger Weiterarbeit an dem großen Werke ermahnte, folgte die Begrüßung. Die Grüße und Wünsche des Herzogspaares und des Herzoglichen Hauses übermittelte Herr Generalsuperintendent D. Schubart-Zerbst, der auch die besten Wünsche des Konsistoriums aussprach. Der Herzog hat sein besonderes Interesse für die Sache der Mission auch äußerlich dadurch bekundet, daß er eine Festspende von 500 Mk. überweisen ließ. Es wurde ein Ergebenheitstelegramm an Se. Hoheit entsandt. — Weiterhin hielt Herr Missionsdirektor Urenfeld-Berlin einen fesselnden geistvollen Vortrag über „Den Anteil der eingeborenen Christen an der Verkündigung des Evangeliums, an dem Unterricht der Jugend und an dem Aufbau der christlichen Gemeinden in Deutsch-Ostafrika". Dann folgte die Ueberreichung der Festgaben, u. a. der der Landeskirche und der anhaltischen Schulen in Höhe von 5200 Mk. durch Herrn Generalsuperintendent D. Schubart. Nach gemeinsamem Mittagsmahl brachte der Nachmittag noch eine Sonderversammlung für die Lehrerwelt, in der Herr Lehrer a. D. Schriftsteller L. Weichert-Berlin einen Vortrag über „Die Missionsschule, ein notwendiger Faktor zur kulturellen Hebung der Eingeborenen" hielt, ein Vortrag, an den sich eine lange und ausgedehnte Diskussion schloß. In der Aula der Volksschule I sprach für die Mitglieder der Frauen-Missionsvereine die Missionarin Elisabeth Naumann-China über „Die Mitarbeit der Frauen an der Mission".

Damit fand das 25. Missionsfest, das bei sehr starker Beteiligung einen in allen Teilen glanzvollen Verlauf nahm, seinen Abschluß. Es dürfte der Sache der Mission in Anhalt und der Provinz Sachsen wesentliche Förderung gebracht haben.

† **Blankenhain** (Thür.), 6. Mai. (Stenographentag.) Der Bezirk Apolda-Weimar im Thüringer Stenographenverband (System Gabelsberger) hielt am Sonntag hier unter starker Beteiligung seine Frühjahrsversammlung ab. Am Preiswettschreiben nahmen 76 Personen teil. Es wurden in mehreren Abteilungen 60 bis 240 Silben in der Minute geschrieben. In der Festversammlung hielt Realgymnasiallehrer Lindig (Weimar) über das Thema „Soll die Schule Gabelsberger angesichts der Einheitsbestrebungen am Werke ihres Meisters energisch wirken?" den Festvortrag. Hierauf wurde ein gemeinschaftlicher Ausflug unternommen. Am Abend fand die Preisverteilung statt; der Vorsitzende des Bezirks konnte berichten, daß sehr gut gearbeitet worden sei.

× **Sömmerda**, 6. Mai. (Giebeleinsturz.) Auf dem Grundstück Am Anger Nr. 25 stürzte bei Ausschachtungsarbeiten die Giebelwand des Nachbarhauses ein. Jedenfalls hatten die Stützen nachgegeben. Eine Wöchnerin wurde aus dem Bett geschleudert, erlitt aber nur geringe äußere Verletzungen. Das Kind wurde gerade im Nebenzimmer gebadet, sonst hätte ein größeres Unglück entstehen können.

— **Gera**, 5. Mai. (Für den hiesigen Rathausum- und Neubau) wurde heute im Stadtrat die Rechnung gelegt. Danach waren dazu rund 400 000 Mk. erforderlich, so daß der Voranschlag um etwa 100 000 Mk. überschritten wurde.

*

Allerlei aus der Provinz und den benachbarten Staaten.

Die Hebamme Beyer aus Plotha bei **Weißenfels** war nach dem benachbarten Pössneck gerufen worden. Als sie bei der Familie eintrat, brach sie infolge eines Hitzschlages tot zusammen. — Der neuorganisierte Landkreis **Naumburg** wird am 9. d. M. seinen ersten Kreistag abhalten und hierbei namentlich über die Errichtung einer Kreis-Sparkasse beschließen. — In Haarbrücken bei **Koburg** kam vor einigen Tagen ein Kind zur Welt, das weder Arme noch Beine hat. Das Kind blieb nicht am Leben. — Nach Mitteilungen ergibt der Wehrbeitrag im Kreise **Querfurt** rund 775 000 Mark. — In der Schule zu **Effelder** wird in diesem Monat durch Lehrer Back aus Schwärzdorf ein Kursus für die ländlichen Fortbildungsschullehrer des Bezirks Schalkau abgehalten. — In Schackendorf bei **Hildburghausen** findet in der Pfingstwoche unter Leitung des Lehrers Enzian aus Meiningen ein Lehrgang in der Bienenzucht statt. — Geh. Rechnungsrat Liebmann in **Rudolstadt**, Verwalter der Fürstl. Privatschatulle, der sich um den Ausbau der Hauptlandes- und Landeskreditkasse große Verdienste erwarb, beging am Montag sein 50jähriges Dienstjubiläum.

Kongresse und Ausstellungen.

— **10. Handlungsgehilfentag für Sachsen-Anhalt.** Am 2. und 3. Mai tagte in Halberstadt der Gau Sachsen-Anhalt im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande. Zu Vertretern des Gaues im Aufsichtsrate wurden Deichmann-Schönebeck und Scheuer-Dessau gewählt. Als nächstjähriger Tagungsort ist Wittenberg bestimmt. Verbandsvorsteher Bechly-Hamburg sprach über den Kampf der Handlungsgehilfenverbände, über die Sonderaufgaben des D. H.-V. in der Erziehung der Handlungsgehilfen zur Persönlichkeit und über die Deutschnationale Volksversicherung. Auf Antrag Barthel-Dessau gab der Gautag durch einmütige Zustimmung zu einer Entschließung zu erkennen, daß er die sachliche Haltung der Verbandsleitung in den Tagesfragen der Verbände und des Handlungsgehilfenstandes vollauf billigt. Gauvorsteher Richter-Magdeburg sprach über den weiteren Ausbau der Organisation und stellte mit Genugtuung das fortschreitende Wachstum des Gaues fest. — Nach Besichtigung der Fabrikanlagen Heine u. Co. Sonntag vormittag lagten die deutschnationalen Kaufmannsgerichtsbeisitzer unter Leitung von Strohwald-Magdeburg im Stadtpark, gleichzeitig hielten die „Fahrenden Gesellen", der Bund für Wanderpflege im D. H.-V., in den Klusbergen mit ihren Getreuen einen Thing. Der Besuch von etwa 500 Handlungsgehilfen aus über 100 Orten gestaltete den 10. Handlungsgehilfentag für Sachsen-Anhalt Sonntag nachmittag im großen Stadtparksaal zu einer glänzenden Kundgebung. Gauvorsteher Richter-Magdeburg hielt die Begrüßungsrede. Geschäftsführer Fritz Zimmermann-Halle behandelte die Frage der Ausdehnung des öffentlichen Stellennachweises in Sachsen-Anhalt auf das Handelsgewerbe. Seine Ausführungen gipfelten in einer Entschließung, die die Einrichtung öffentlicher kaufmännischer Arbeitsnachweise in der Art, wie sie von der Stadt Köln durchgeführt wurde, wünscht. Kreisvorsteher Barthel-Dessau behandelte die Frage: Kaufmännische Fortbildungsschule oder Haushaltschule? Verbandsvorsteher Bechly-Hamburg beleuchtete in seinem Schlußwort die Frage: Warum deutschnational? — Den Schluß der Tagung bildete ein stark besuchter Festabend und am Montag ein Ausflug nach Blankenburg und dem Regenstein.

Sportnachrichten.

Luftfahrt.

Militärischer Uebungsflug. Im Laufe des Dienstags wurde Frose von 12 Fliegern, teils in Eindeckern, teils in Doppeldeckern überflogen. Die größte Zahl, acht, traf im Laufe des Vormittags und des Mittags ein, die übrigen am Nachmittag und gegen Abend. Die meisten zogen hoch in den Lüften dahin, nur wenige in geringer Höhe. Die Luftflugzeuge schlugen alle die Richtung Halberstadt ein. Wie wir erfahren haben, handelte es sich um einen militärischen Uebungsflug von Döberitz nach Köln.

— **Der Internationale Luftschiffahrtsverband** hielt unter Vorsitz des Präsidenten Roland Bonaparte gestern in Paris eine Konferenz ab, in welcher u. a. darauf hingewiesen wurde, daß es einerseits ein Leichtes wäre, die Mitnahme photographischer Apparate an Bord aller Flugzeuge, Luftschiffe und Freiballons zu verbieten, und daß andererseits die verbotenen Zonen eine Schreckerregung für die Luftschiffe und Flugzeuge und ein wahres Todesurteil für die Freiballons bildeten. Es wurden folgende Wünsche ausgesprochen: 1. Die Regierungen mögen untereinander die Frage prüfen, ob es möglich ist, die verbotenen Luftzonen abzuschaffen oder diese ausschließlich auf den Umkreis der Festungswerke zu beschränken; 2. jeder mit einem entsprechenden Hinweis versehene Zivilführer eines Freiballons möge ermächtigt werden, die verbotenen Zonen, in welcher Höhe auch immer, zu überfliegen und daselbst im Falle höherer Gewalt zu landen. Zu diesem Behuf soll ein für ein Jahr gültiger internationaler Berechtigungsschein geschaffen werden. Schließlich möchten über die Flugzeuge und Luftschiffe die Bestimmungen des deutsch-französischen Abkommens auf alle dem Internationalen Luftschifferverbande angehörenden Länder ausgedehnt und hierbei die Verwaltungsmaßnahmen möglichst vereinfacht werden. Der Deutsche Luftschifferverband war auf der Konferenz durch Prof. v. Hergesell, Berson und Rasch vertreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191405072-18/fragment/page=0006